

**(A)** Beginn: 10.20 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie hier recht herzlich willkommen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Tribüne sowie als unsere ständigen Begleiter die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich - ich vermeide die Wiederholung dessen, was ich am ersten Tag gesagt habe - 42 Abgeordnete entschuldigt. Ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich darauf hin, daß wir gestern die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes in erster Lesung ausgesetzt und auf die heutige Sitzung verschoben haben. Daher wird die heutige Tagesordnung entsprechend ergänzt. Zwecks Fortsetzung der Beratung rufe ich demgemäß jetzt auf:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1987 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1987)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/1252  
erste Lesung - Beratung

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Stump von der Fraktion der CDU.

**(B)**

Stump \*) (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat gestern die Beratung des Haushalts 1987 aufgenommen. In engem Zusammenhang mit dieser Haushaltsberatung steht das Gemeindefinanzierungsgesetz und nicht zuletzt auch das Gesetz zur Aufhebung der Grunderwerbsteuerverteilung. Beide Gesetze, um es direkt zu Beginn zu sagen, stellen einen erneuten Anschlag auf die Gemeindefinanzautonomie dar.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Innenminister, die Kommunalpolitiker und die verantwortlichen Kommunalbeamten hatten an Ihre Einbringungsrede große Hoffnungen geknüpft. Sie sind alle enttäuscht worden, weil Sie in Ihrer Einbringungsrede nicht ein einziges Mal auf die drängenden Sorgen und Nöte, die von unten geklagt werden, eingegangen sind. Statt dessen haben Sie sich in einer reinen Rechtfertigungsideologie ergangen, um die weiteren Gemeindeg Kürzungen zu begründen, abgesehen davon, daß Sie dann auch noch das Tummelfeld gewählt haben,

über Bonn zu schimpfen; das tut man dann, wenn einem nichts anderes mehr einfällt.

**(C)**

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Innenminister, den Kommunalpolitikern im Land, in den Gemeinden, in den Kreisen und Landschaftsverbänden wurde spätestens gestern klar, daß Sie als Kommunalminister resigniert haben. Der kommunalen Familie - das ist die traurige Bilanz - steht einfach das Pech ins Haus, daß sie im Kabinett Rau keinen Sachanwalt mehr hat. Herr Innenminister, die Kommunalpolitiker sind der Auffassung, daß Sie sich persönlich, geistig und finanziell aus der kommunalpolitischen Verantwortung als Kommunalminister verabschiedet haben.

Meine Damen und Herren, mit großer Sorge sehen die verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker den weiteren Niedergang der Kommunal Finanzen.

Die Ursache für diese folgenschwere Entwicklung ist die miserable Finanzpolitik der Regierung Rau. Die Folgen tragen natürlich nicht nur die Gemeinden, sondern vor allem die Bürger unseres Landes. Unbekümmert fährt der Ministerpräsident fort - und er trägt die Verantwortung für diese gesamte Finanzpolitik -, die Geldbeutelschneiderei zu Lasten der Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände beizubehalten.

Meine Damen und Herren! Die Heftigkeit, mit der die Kommunalpolitik die neuen landesgesetzlichen Regelungen für 1987 bekämpft, ist neu und macht zugleich deutlich, daß die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände dieser Landesregierung nach den vielen leidvollen Erfahrungen seit 1982 nichts mehr zutrauen. Sie wissen bereits heute - das machen die vielen Resolutionen deutlich, die wir in diesen Tagen erhalten haben -, daß sie nichts mehr von Rau und seinem Kabinett erwarten können.

**(D)**

Sie werden auch in ihrer Einschätzung bestätigt; denn wenn man den gerade vorgelegten Kommunalfinanzbericht 1986 ansieht, dann stellt ja der Innenminister als Kommunalminister ebenfalls fest: "Die sparsamen Jahre sind noch nicht vorüber."

Im Klartext heißt das doch: Über die bisherige Gemeindeg Schröpferei hinaus werden nicht nur 1987 verstärkt Finanzmittel zurückgehalten, sondern auch in den Jahren 1988 und später. Diese Aussicht macht betroffen; denn die gemeindeg feindliche Politik der Regierung Rau nahm bereits 1982 ihren Anfang. Seit diesem Jahr kürzt die Landes-

(Stump (CDU))

- (A) regierung die Zuweisungen an die kommunale Familie. Sie fährt 1987 mit weiteren Kürzungen fort. Mit Zins und Zinseszins macht dieser Finanzentzug, bezogen auf 1982 und den damaligen Verbundsatz von 28 %, einen Betrag von 10 Milliarden DM aus. Meine Damen und Herren, das ist der Milliardenklau der Regierung Rau!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieser Milliardenklau ist unerträglich. Er ist nicht hinnehmbar und wird daher von der CDU-Landtagsfraktion und der gesamten kommunalen Familie im Lande Nordrhein-Westfalen bekämpft.

Dieser Milliardenklau wird auch von vielen Sozialdemokraten in den Räten beklagt. Selbst SPD-Kollegen dieses Hauses haben die geplanten Regelungen öffentlich attackiert und wurden dabei auch von der SGK noch unterstützt. Wenn dieses nicht nur Maulheldentum war, meine Herren von der SPD, bleibt für die Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Gesetzes zur Aufhebung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes noch ein Funken Hoffnung. Wir vermuten aber, in der dritten Lesung im Dezember wird den starken Worten von heute die Zustimmung zu beiden Gesetzesvorlagen folgen. Dieser Vorgang vollzieht sich nach der bekannten Doppelstrategie: an der Basis bellen und in Düsseldorf lautlos zustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Dieses Ritual der gespielten Auflehnung und Entrüstung haben wir jedes Jahr erlebt. Wir werden gemeinsam die Freude haben, die traditionelle Übung pflichtbewußter Sozialdemokraten auch in diesem Jahr wieder erleben zu dürfen.

Meine Damen und Herren! Wenn jahrelange kommunale Opferbereitschaft der Gemeinden noch einen Sinn gehabt haben soll, dann hätte das Land mit eigenen Sparleistungen zur Rettung der miserablen Landesfinanzen beitragen müssen. Aber genau das war entgegen allen Beteuerungen des Finanzministers nicht der Fall.

Der Finanzminister rühmt sich in seiner Einbringungsrede, daß es ihm gelingen werde, 1987 die Nettokreditverschuldung von 6,9 Milliarden DM um ca. 1,3 Milliarden DM auf 5,6 Milliarden DM zu senken. Auf dieses Vorhaben verweist er mit Stolz und hofft, als ein finanzpolitisches Genie möglicherweise noch in die Geschichte des Landes einzugehen.

Er ist auch über jeden glücklich, der an seine - an Possers - Märchen glaubt. Er vergißt nämlich, darauf hinzuweisen, daß allein die Verbundsatzsenkung in diesem Jahr von 25,5 % auf 23 % ihm, dem Finanzminister, im kommenden Jahr erneut einen Betrag von über 1 Milliarde DM Kommunalmitteln einbringen wird. Hinzu kommen über 300 Millionen DM zusätzlicher Grunderwerbsteuer, die er den Gemeinden 1987 neben weiteren Kürzungen entzieht.

Allein diese beiden Beträge machen exakt den Betrag der verringerten Nettokreditverschuldung aus, nämlich 1,3 Milliarden DM. Man höre und staune: Die Gemeinden zahlen 1987 die komplette Sanierung des Landeshaushalts! Von einer Sparleistung des Finanzministers ist da weit und breit nichts zu sehen.

Diese vorgetäuschte Sparleistung wird in einem anderen Zusammenhang noch deutlicher: Der Finanzminister ist mit Billigung des Ministerpräsidenten in der Zeit von 1979 bis 1982 eine enorme Nettokreditverschuldung in unterschiedlichen Höhen eingegangen, zuletzt von 10,1 Milliarden DM. Diese Verschuldungspolitik hat zu einer fatalen Entwicklung geführt, die der Finanzminister wie folgt kritisch bewertet - ich darf das noch einmal ins Bewußtsein rufen und mit der Genehmigung des Präsidenten zitieren -:

Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdröseln würden.

Der Finanzminister, selbst verantwortlich für diese Entwicklung, zeigte zwar Einsicht; seine selbstgeschaffenen Probleme löste er aber, wie soeben dokumentiert, ausschließlich auf dem Rücken der Gemeinden. Wie er dies tat, soll auch deutlich werden.

Nach dem Höhepunkt von 10,1 Milliarden DM Nettokreditverschuldung reduzierte Posser die Nettokreditverschuldung in den Jahren 1982 bis 1987 in unterschiedlichen Höhen. Alle Absenkungsquoten gegenüber dem Vorjahr machen insgesamt 4,9 Milliarden DM aus. Hier ist leicht erkennbar, daß allein der 10-Milliarden-DM-Beitrag der Gemeinden diese Nettokreditverringerung deckt und darüber hinaus noch zur Sanierung des Landeshaushalts beigetragen hat.

Meine Damen und Herren, weil das Sparen auf dem Rücken der Gemeinden so einfach und unproblematisch ist, rechnet der Finanzminister auch 1987 damit, daß die Kämmerer

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) in unseren Städten besser, ideenreicher und handlungsfähiger sind als er selbst. Das ist eine bedrückende Erkenntnis. Nichts bleibt von den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten glaubhaft übrig, in denen er stets von einer gleichmäßigen Finanzentwicklung von Land und Gemeinden spricht. Gleichmäßigkeit war für Rau, Posser und Schnoor immer nur eine Einbahnstraße, eine Einbahnstraße zu Lasten der Gemeinden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Folge ist, daß bereits in diesem Jahr 72 Gemeinden und Kreise im Lande Nordrhein-Westfalen ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen konnten. Im kommenden Jahr wird eine Steigerung der Zahl erwartet, nicht zuletzt aufgrund der Beschlüsse, die hier wohl gefaßt werden sollen.

Ich kann von dieser Stelle aus dem Ministerpräsidenten nur sagen: Wir, die Kommunalpolitiker in unseren Gemeinden und Städten, streiten für sie, wir wollen für sie das Beste, und wir wissen, daß wir schöne, lebensfrohe Gemeinden haben. Wir wissen aber auch, Herr Ministerpräsident, daß wir als Ergebnis Ihrer versagenden Finanzpolitik schön arme Gemeinden haben. Hier verbirgt sich der eigentliche Skandal.

- (B) In welche Armut Sie, Herr Ministerpräsident, unsere Gemeinden, Städte, Kreise und Landschaftsverbände getrieben haben, wird durch die Erkenntnis deutlich, daß die Kommunen 1984 bundesdurchschnittlich einen Haushaltsüberschuß von 1,4 Milliarden DM und 1985 von immer noch 0,9 Milliarden DM erwirtschaften konnten. An dieser positiven Entwicklung im Bundesdurchschnitt hatten unsere Gemeinden in Nordrhein-Westfalen keinen Anteil; denn Nordrhein-Westfalen konnte in diesem Jahr die traurige Bilanz vorzeigen, daß die Haushaltsunterdeckungen, die Fehlbeträge in den kommunalen Haushalten allein 0,6 Milliarden DM ausmachen.

Dieser Vergleich macht deutlich, daß der Ministerpräsident für diese Verarmung unserer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ganz allein verantwortlich ist. Sie ist das Ergebnis seiner miserablen Finanzpolitik, sie ist zugleich der Ausdruck seiner Gemeindefeindlichkeit.

Wer aber glaubt, daß dieser Verarmungsprozeß nur eine finanztechnische Schwierigkeit der Gemeinden darstellt, irrt. Wir alle wissen, daß die Gemeinden nur zwei bedeutende Möglichkeiten haben, um einen ausgeglichenen Haushalt gestalten zu können. Das ist zum

einen die Möglichkeit, die Ausgaben zu begrenzen, und zum anderen die Möglichkeit, die Einnahmen zu stärken. Gespart haben die Gemeinden bisher in hervorragender Weise. Das wissen wir alle. Die Landesregierung hat dies auch mehrfach bestätigt. In einem Konsolidierungsvergleich des Statistischen Bundesamtes für den Zeitraum von 1980 bis 1985 werden die intensiven Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden ins Verhältnis zu den Sparleistungen des Landes gesetzt. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Das Land legte in diesem Zeitraum bei den Personalausgaben 19,6 % zu, die Gemeinden dagegen nur 13,2 %. Bei den Sachausgaben steigerte das Land die Ausgaben um 26,1 %, die Gemeinden um nur 18 %. Jetzt kommt der "dickste Hund": Bei den Sachinvestitionen verringerte das Land die Leistungen um 9,4 %, die Gemeinden aber um 33,8 %!

(Schauerte (CDU): So haben Sie die Gemeinden ausgepreßt! - Gegenruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

- Kollege Schauerte hat recht - das kann ich nur bestätigen -

(Beifall bei der CDU)

so, wie Kollege Schauerte auch gestern sehr viele Wahrheiten gesagt hat.

(Erneut Beifall bei der CDU)

(D) Diese Gegenüberstellung zeigt doch zweierlei: Einerseits haben die Gemeinden in den hier aufgezeigten fünf Jahren besser als das Land gespart, weil sie unter anderem als Folge der Selbstbedienung des Landes bei den kommunalen Mitteln sparen mußten. Andererseits hat der starke Rückgang bei den Sachausgaben und Sachinvestitionen Tausende von Arbeitsplätzen im Lande Nordrhein-Westfalen vernichtet. Diese Auswirkungen trafen vor allem die Bauindustrie, deren größter Auftraggeber die öffentliche Hand ist.

Der Investitionsrückgang, zu dem Kollege Schauerte gestern sehr viele überzeugende Ausführungen gemacht hat, ist fatal und folgenswer für das Land, ganz besonders aber für die Gemeinden. Die CDU-Fraktion wiederholt daher ihre Feststellung von gestern: Die Regierung Rau vernichtet seit Jahren als Folge ihrer skandalösen Finanzpolitik viele tausend Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft unseres Landes.

Herr Ministerpräsident, Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch hier bei Ihnen weit auseinander. Ich sage Ihnen das in aller

(Stump (CDU))

- (A) Freundlichkeit, bin aber voll davon überzeugt.

(Lachen bei der SPD - Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

Der Bürger, besonders der kleine Mann, weiß nämlich, Herr Ministerpräsident, daß er der Leidtragende dieser Entwicklung ist; denn er verlor seinen Arbeitsplatz; er weiß, durch wen, nur: es tröstet ihn nicht.

Als zweite Sparmöglichkeit kommt für die Gemeinden nur die Stärkung der Einkünfte in Frage. Aber genau die Möglichkeiten zur Stärkung der Einkünfte haben viele Gebietskörperschaften voll ausgeschöpft. Dies geschah durch folgende Maßnahmen: Die Gemeinden mußten die Grundsteuer A und B wesentlich erhöhen, dies zu Lasten der Landwirtschaft und der Hausbesitzer. Die Gemeinden mußten die Gewerbesteuer drastisch erhöhen. Sie mußten die Höhe der sonstigen Steuern, die sie einnehmen können, wesentlich anziehen.

Die Gemeinden mußten alle gesetzlich erlaubten Spielräume bei der Kalkulation der Gebühren voll ausschöpfen. Und hier sind Gebühren zu nennen wie: Kanalbenutzungsgebühr, Abwassergebühren, Straßenreinigungsgebühren, Abfallgebühren, Friedhofsgebühren und Benutzungsgebühren. Weitere Verwaltungsgebühren wurden wesentlich erhöht. Die Gemeinden mußten stärker, als eigentlich geplant, die Eintrittsgelder kommunaler Einrichtungen erhöhen. Erschließungsbeiträge wurden bis zum letzten Pfennig festgesetzt. Abrechnungsmaßnahmen von Straßen, Gehwegen und Plätzen bis zur letzten umlegungs-fähigen Maßnahme zu Höchstsätzen abgerechnet werden. Die Gemeinden mußten in vielen Fällen ihre freiwilligen Leistungen, besonders im sozialen Bereich, stark kürzen. Auch die Kultur-, Sport- und Weiterbildungseinrichtungen wurden Opfer der kommunalen Sparbeiträge.

(B)

Viele weitere Einschnitte, vor allem im Sozialbereich, werden 1987 folgen. Daran gibt es keinen Zweifel, weil die Stimmen, die von den Kommunen uns gegenüber schon laut wurden, darauf hindeuten, daß dies so sein wird - was wir aufs Äußerste bedauern.

Die Leidtragenden sind die Kinder, die Jugendlichen, alte und hilfsbedürftige Menschen. Es sind die ehrenamtlich Tätigen und die von ihnen zu betreuenden Kreise. Es sind die karitativen Verbände und die vielen Vereine, die ohnehin auf eine angemessene öffentliche Hilfe ihrer Gemeinde angewiesen sind. Sie alle sind Leidtragende; denn sie

zahlen die Rechnung für die miserable Finanzpolitik dieser Landesregierung.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Schlimme an dieser Entwicklung ist, daß viele Betroffene in erster Linie die Repräsentanten der Rathäuser für die drückenden Belastungen verantwortlich machen. Es sitzt ja eine große Anzahl von Abgeordneten hier im Hause, die eine kommunalpolitische Verantwortung tragen. Aber der Bürger kann ja gar nicht anders; denn er erlebt die kommunalpolitische Entscheidung vor Ort und kann nicht wissen, daß die Verursacher hier in Düsseldorf am Kabinetttisch von Johannes Rau sitzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Ministerpräsident, der, wenn er den politischen Kontrahenten treffen will, gern von einer sozialen Kälte spricht, verursacht diese Kälte in eklatantem Ausmaß über den Landeshaushalt selber - das wissen wir -, und er bewirkt sie auch in den Gemeinden als Folge der von ihm betriebenen Gemeindeförderung.

Wir werden dies dem Bürger in unseren Gemeinden unentwegt sagen und ihm dabei die Zusammenhänge erklären. Wir werden ihm auch sagen, daß unser Ministerpräsident ein ehrenwerter Mann ist, seine Finanzpolitik aber ruinös.

Aus kommunalpolitischer Sicht ist auch zu fragen: Wie kann eine Regierung noch politische Impulse entfalten und Aktivitäten vortäuschen, obwohl sie sich doch selber finanziell fast ruiniert hat? Da kennt die Landesregierung keine Probleme. Sie spricht zum Beispiel von der ökologischen Erneuerung des Landes und verkündet viele Schwerpunktprogramme. Dabei wird vergessen, zu sagen, daß eben aus dem Entzug der kommunalen Mittel noch ein großes Volumen an Finanzmitteln übrigbleibt zur Stützung des Landeshaushalts und damit auch zur Finanzierung derartiger Programme. Mit anderen Worten, letztendlich werden diese Programme ausschließlich aus kommunalen Mitteln finanziert.

(D)

Da rühmt sich die Regierung, in der Abwasserbeseitigung ein großes Stück weitergekommen zu sein. Sie verschweigt, daß zum Beispiel der Darlehen aus der Abwasserabgabe ausschließlich kommunale und private Mittel sind, die sie einzieht und nur wieder verteilt.

Die Regierung rühmt sich, viel für den Radwegebau getan zu haben. Sie verschweigt, daß diese Mittel mit 38 Millionen DM von dem

(Stump (CDU))

- (A) kommunalen Anteil aus dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer finanziert werden.

Und da das Showgeschäft mit den kommunalen Mitteln so gut funktioniert, werden 1987 weitere 178 Millionen DM aus dem kommunalen Anteil des Kraftfahrzeugsteueraufkommens für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs zweckgebunden festgelegt und damit der Verfügungsgewalt entzogen.

Sie sehen: In all diesen Beispielen - und viele ließen sich noch anführen - finanziert das Land seine eigenen Programme, aber dies mit Mitteln der Gemeinden.

Weitere Politikfelder wären aufzuzeigen, wo die Landesregierung die Gemeinden im Stich läßt. Ich nenne als Beispiel den Feuerschutz. Hier bedient sich das Land zur Deckung eigener Ausgaben voll aus dem Aufkommen des Feuerschutzsteueraufkommens, ohne einen eigenen Pfennig aus dem Landeshaushalt dazuzusteuern. Ich habe mir sagen lassen, daß selbst das Feuerwehrenzeichen aus diesem Steueraufkommen finanziert wird. Selbst dafür hat das Land nicht eine müde Mark aus eigenen Mitteln zur Verfügung. Die Wehrleute wissen das, und sie sind darüber entrüstet, wo überall man sie darauf anspricht. Die Gemeinden müssen auch hier eintreten. Sie helfen den Wehren mit zusätzlichen Mitteln, um den Feuerschutz vor Ort aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß der Wagenpark und die technische Ausrüstung nicht veralten.

(B)

Es fehlen überall im Land Investitionsmittel zu Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, zum Beispiel im Kindergartenbereich. Auch hier gehen mittlerweile die Gemeinden dazu über, mit zusätzlichen Mitteln das zu leisten, was das Land leisten müßte, aber nicht leistet, weil es zuwenig Geld zur Verfügung stellt. Sie alle kennen den großen Antragsstau, das große Bedürfnis nach derartigen Sanierungsmaßnahmen.

Die kommunale Neugliederung, die Funktionalreform sowie der Zuwachs kommunaler Leistungen im Sozial- und Umweltbereich machten die Erweiterung vieler Rathäuser deutlich. Ein Antragsvolumen von 480 Millionen DM wurde im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms von den Städten angemeldet. Zugleich wurde um dringende Hilfe des Landes gebeten. Auch hier sagt die Landesregierung nein. Auch gegebene Zusagen hält sie gar nicht mehr ein.

Ich kann nur sagen, Herr Ministerpräsident: Die von Ihnen geführte Regierung ist effektiv nicht mehr in der Lage, auf die regionalen

und kommunalen Bedürfnisse noch sachgerecht (C) zu reagieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Ausführungen machen deutlich, wie wichtig die materiellen Regelungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes für die Gemeinden und ihre Bürger sind und warum ihr Interesse sich so deutlich artikuliert. Es wird ferner deutlich, wie notwendig eine angemessene und von Beständigkeit geprägte Finanzausstattung der Gemeinden ist. Zur Zeit jedenfalls - das sage ich an die Adresse der Kommunalpolitiker hier im Hause - ist das Beständige am Gemeindefinanzierungsgesetz dessen Unbeständigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wir werden im Rahmen der Ausschußberatung die Gesetzesvorlage inhaltlich kritisch hinterfragen und bewerten. Wir werden aber auch die ständigen Veränderungen zu Lasten der fleißigen Gemeinden kritisch unter die Lupe nehmen.

Wir werden die geplanten Haushaltssicherungskonzepte auf ihre Folgen hin noch genau abschätzen. Wir werden die qualitativen Verschlechterungen für die Kreise ablehnen. Wir werden mehr Licht in die Bildung von Haushaltsresten zu Lasten der Gemeinden bringen; denn, meine Damen und Herren, auch das sollten wir einmal wissen: Allein im Jahre 1985 sind Haushaltsreste in einer Größenordnung von ca. einer Milliarde DM gebildet worden, bezogen auf jene Mittel, die als Zweckzuweisungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz laufen. Auch hier ist den Gemeinden Geld in beträchtlicher Höhe entzogen und vorenthalten worden.

(D)

(Minister Dr. Schnoor: Sie wissen doch, daß das nicht stimmt!)

- So, Herr Innenminister, genau auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet!

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der CDU - Gegenrufe)

Ich will akzeptieren, daß es bei einigen Maßnahmen im Bauvollzug nicht zur rechtzeitigen Abrufung von Mitteln kommt. Ferner ist richtig, daß viele Städte und Gemeinden Anträge stellen, nur um an den "Kuchen" heranzukommen, obwohl sie planungsrechtliche Voraussetzungen insbesondere bei der Städtebauförderung noch nicht schaffen konnten und nachher auf den Abruf der Mittel ver-

(Stump (CDU))

- (A) zichten mußten. Das ist aber nicht Schuld der Gemeinden, sondern es die Schuld Ihrer Aufsichtsbehörde, daß sie so sorglos die Mittel verteilt und sie nicht jenen gibt, die planungsrechtlich schon soweit sind.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

- Nun, meine Damen und Herren, einige von Ihnen sitzen ja in den Bezirksplanungsräten. Nehmen Sie doch den Zuruf des Innenministers auf und versuchen Sie, dort für Regelungen zu sorgen: mit der Aufsichtsbehörde, den Regierungspräsidenten, damit eine geordnete Verteilung erfolgt. Tatsache ist jedenfalls, daß eine Milliarde brachliegt.

(Zuruf von der SPD: Unsinn!)

- Das ist kein Unsinn, das ist nachlesbar, und ich bin gerne bereit, die Auszüge - -

(Zuruf von der SPD)

- Hatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege? - Also nicht!

(Erneut Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir werden dieses Sammelsurium gesetzlicher Regelungen, getragen vom Geist der politischen Opportunität, darstellen, und wir werden die fehlende Stetigkeit und Verlässlichkeit des Gemeindefinanzausgleichs bemängeln, was das Land unberechenbar und zu einem nicht akzeptablen Partner macht.

(B)

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

Wir werden die vielen Täuschungsmanöver und die kaschierten Zahlen in die richtigen Zusammenhänge bringen.

Aber, meine Damen und Herren, den Gipfel der Maßlosigkeit und Täuschung besteigt die Regierung Rau mit der Vorlegung des Gesetzes zur Aufhebung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes. Sie will mit diesem Gesetz den kreisfreien Städten und den Kreisen eine eigene, ihnen bisher zugestandene Steuereinnahme nehmen. Das ist eine qualitative Verschlechterung, wie wir sie bislang noch nicht erlebt haben.

Die Regierung Rau geht damit bei den Kreisen und kreisfreien Städten "ans Eingemachte", und sie verändert auf diese Weise die Finanzstruktur der Kreise grundsätzlich. Schließlich werden die Kreise sich bei den kreisangehörigen

Gemeinden das Geld wiederholen müssen. Dieser Vorgang ist daher so, wie er in dem Gesetzentwurf angelegt ist, eine Zumutung und in der Vorgehensweise zynisch zugleich.

(C)

Der Hinweis des Finanzministers, die kreisangehörigen Gemeinden seien von dieser Maßnahme nicht betroffen, ist eine weitere Täuschung. Für wie dumm hält eigentlich der Finanzminister die Kommunalpolitiker und die vielen guten Verwaltungsbeamten in unserem Lande? Er muß doch genauso gut wie wir wissen, daß auf diese Weise den Kreisen die wichtigste Einnahme genommen wird. Er muß genauso wie wir wissen, daß er damit bei den Kreisen große Finanzlöcher aufreißt und die Kreise daher nicht anders können, als sich die ihnen entzogenen Gelder beim kreisangehörigen Raum zurückzuholen. Dann jedoch zu behaupten, von dieser Regelung seien die kreisangehörigen Städte und Gemeinden nicht betroffen, ist eine Ungeheuerlichkeit!

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang werden geschönte Zahlen herausgegeben. Ich will Ihnen das am Beispiel eines Kreises einmal deutlich machen - eines Kreises, aus dem auch drei hier sitzende sozialdemokratische Abgeordnete kommen:

15,2 Millionen DM macht der Ausfall der entzogenen Grunderwerbsteuer aus. Weitere 2,2 Millionen DM an Verschlechterungen kommen durch das GFG hinzu: Kraftfahrzeugsteuerverbund, Umverteilung im Rahmen der Straßenbauunterhaltungskosten usw. Das macht zusammen ein Minus von 17,4 Millionen DM aus. Dem steht - wenn man die schöne Statistik betrachtet, vor deren Zahlen so viele Pluszeichen stehen - bei der Gesamtheit aller zehn Städte und Gemeinden dieses Kreises ein Plus von 4,1 Millionen DM gegenüber. Es bleiben also 13,3 Millionen DM an Minus bei diesem Kreis hängen, der diesen Betrag auf die Kreisumlage überwälzen wird, was exakt 2,8 Punkte ausmacht. - Auf diese Weise wird bei all diesen Städten und Gemeinden nicht mehr ein Plus vor den genannten Zahlen stehen, sondern ein Minus. Das wird bei dem größten Teil aller Städte und Gemeinde im Lande so der Fall sein!

(D)

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das ist eine der Täuschungen, von denen ich spreche. Und Sie, Herr Ministerpräsident, sollten wissen, daß dadurch der Streit zwischen den Kreisen und ihren Gemeinden vorprogrammiert ist! Statt zu versöhnen, spalten Sie mit Ihrer Politik die kommunale Familie.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

(Stump (CDU))

- (A) Das Gesetz zum Grunderwerbsteuerentzug ist eine böse Sache; es bewirkt einen tiefen Eingriff in die kommunale Finanzautonomie. Dieser Eingriff ist ebenso schlimm wie der damalige Entzug der Lohnsummensteuer durch die Regierung Schmidt in Bonn. Noch heute leiden viele Gemeinden darunter; wir debattieren ja auch ständig über die Folgen dieser Maßnahme.

Wenn die gemeinsame Auseinandersetzung hier im Hause bisher nur einigermaßen ehrlich geführt wurde und wenn das alles noch stimmt, was wir seinerzeit zum Wegfall der Lohnsummensteuer gesagt haben, dann warnen wir als CDU-Fraktion Sie, Herr Ministerpräsident: Hände weg von der Grunderwerbsteuer!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Als Ausdruck der Verlegenheit schimpfen die Sozialdemokraten hier im Lande ständig auf Bonn: der Innenminister und der Finanzminister - diese beiden konnten sich ja auch nicht zurückhalten bei ihren Einbringungsreden. Sie schimpfen über die Steuersenkungsgesetze und über die weiter geplanten Steuernachlässe.

- (B) Sie wollen - das müssen wir dem Bürger klarer denn je sagen - auch hier den Bürger unter einer drückenden Steuerlast halten. Der Finanzminister, von Eigennutz getrieben, erklärt daher in seinen Publikationen - ich zitiere -: "Die Aussichten der Konsolidierung sind gut, wenn nicht unsere finanzpolitischen Linien durch neuerliche Steuersenkungsaktionen zerstört werden." Genau hier, meine Damen und Herren, liegt doch die Wahrheit: Auch hier geht es den Sozialdemokraten darum, ihren Haushalt mit Hilfe anderer, mit Hilfe der Bürger und letztlich auch mit Hilfe der Gemeinden zu retten und selbst keinen Beitrag zu leisten, den Bürger weiter unter seiner Steuerlast zu halten. Für alle Bürger im Lande steht ohnehin fest: Die SPD ist und bleibt eine Steuerpartei!

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Ja, Herr Farthmann, das ist ja ein Spezialthema von Ihnen, die Staatsquote usw. Da paßt das hinein.

(Dr. Farthmann (SPD): Deswegen haben wir auch soviel Stimmen gekriegt. Sie haben doch nicht die Wahl gewonnen!)

(C) Wir dagegen sind eine Partei des Bürgers und nehmen einfach nur zur Kenntnis - -

(Gelächter bei der SPD)

- Ja, Sie müssen einmal Ihre Philosophie überdenken --

(Dr. Farthmann (SPD): Sie werden im Ruhrgebiet doch allmählich eine Splitterpartei!)

Wir werden darauf achten, daß wir Politik nicht nur einseitig zu Lasten des Bürgers und der Gemeinden verwirklichen.

Bei dieser Agitation verschweigen Sie aber auch fortwährend, daß - neben allen notwendigen Belastungen - gerade diese Bundesregierung es ist, die Rahmenbedingungen zur Stärkung der Einnahmen und zur Schwächung und Begrenzung der Ausgaben der Gemeinden geschaffen hat.

(Dr. Farthmann (SPD): Das ist doch Unsinn!)

- Es ist immer das einfachste, dem politischen Gegner zu sagen, er rede Unsinn. Okay, damit muß man leben. Da hört man hin, aber das beeindruckt nicht; denn Sie sollten wissen, daß das Steueraufkommen, insbesondere das Umsatzsteueraufkommen, stärker gestiegen ist, daß der Prozentanteil des Landes, 1982 noch bei 32,5 Prozent, jetzt bei 35 Prozent liegt und ebenfalls gestiegen ist und daß daran alle Städte und Gemeinden partizipiert haben. Es ist nur im Lande Nordrhein-Westfalen durch die ständigen Mittelkürzungen für die Gemeinden nichts übriggeblieben. Das ist doch die Wahrheit.

(D)

Herr Posser hat immer abgesahnt - immer -; aber die sinkenden Zinsen und die stabilen Preise und verantwortungsbewußten Lohnabschlüsse der Tarifpartner schufen auch weiterhin gute Voraussetzungen für eine handelnde Kommunalpolitik und waren daher der große Rettungsanker für die kommunale Familie in unserem Land.

Alein diese beiden Beispiele machen deutlich, daß die Regierung Kohl den Gemeinden konkret geholfen hat, was sich bundesweit auch in Erfolgswerten ausdrückt, nur nicht in Nordrhein-Westfalen, und deshalb glauben Sie nicht daran. Diese Hilfe kann in Nordrhein-Westfalen nicht sichtbar werden, weil eben hier ein 10-Milliarden-Entzug stattgefunden hat.

(Sondermann (SPD): Das sagen wir doch immer, daß wir in Nordrhein-Westfalen benachteiligt werden!)

(Stump (CDU))

- (A) Ich sage Ihnen als Fazit dieser Feststellung: Rau hat die Landesfinanzen ruiniert, Helmut Kohl die Bundesfinanzen saniert!

(Beifall bei der CDU - Gelächter bei der SPD)

Ich sage - eine weitere Feststellung, damit der Ministerpräsident noch einmal lachen kann -: Helmut Kohl hat den Gemeinden konkret geholfen, Rau hat sie nur geschöpft!

(Erneut Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD)

Über dieses Kontrastprogramm, verkörpert von beiden Personen, wird der Bürger zu befinden haben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion erwartet, daß das Gesetz zur Aufhebung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes und die hiermit in Zusammenhang stehenden Regelungen im Gemeindefinanzierungsgesetz zurückgezogen werden. Geschieht das nicht, werden wir weiter den Protest der kommunalen Familie nach Düsseldorf tragen, wie das bisher noch nie der Fall war. Wir werden deutlich machen, daß die Regierung Rau nicht hält, was sie verspricht. Wir werden aber vor allem den Bürgern im Lande klarmachen, daß sie die eigentlichen Opfer der miserablen Finanzpolitik hier im Lande sind. Wir sagen weiter nein zum 10-Milliarden-Klau der Regierung Rau!

- (B) (Anhaltender Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich erinnere Sie bei Ihren Beifallsbekundungen daran, daß wir noch eine umfangreiche Tagesordnung abzuwickeln haben. Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! Für die Fraktion der CDU hat nunmehr das Wort - - Nein, der würde sich wehren! Ich nehme das zurück.

(Dr. Pohl (CDU): Warum, wir sind doch verträgliche Menschen.)

Aber Kollege Wilmbusse würde sich wehren, wenn ich ihn zur Fraktion der CDU zählen würde. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Wilmbusse das Wort.

Wilmbusse (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, was ich eben gehört habe, Herr Schauerte, wäre es mir wirklich nicht recht, der Fraktion der CDU anzugehören. Das muß ich ganz deutlich sagen.

- (C) Wir haben im vorigen Jahr zum ersten Mal Herrn Stump gehört, als er zum GFG sprach.

(Schauerte (CDU): Er wird jedes Jahr besser!)

Damals hat er eine wahre Schimpfkanonade vom Stapel gelassen. Da dachte man: Na ja, der ist neu, und die ganze CDU-Fraktion ist ja aufgrund des wirklich blamablen Wahlergebnisses neu.

(Widerspruch bei der CDU)

Da gibt es sicher eine Hackordnung, die noch gefunden werden muß, und derjenige, der am besten schimpfen kann, kommt dann wahrscheinlich nach oben. Wir dachten damals, Herr Stump würde versuchen, an Herrn Doppmeier vorbeizuziehen und vielleicht sogar Herrn Schauerte zu erreichen, und glaubten: Wenn er erst einmal ein Jahr hier ist, wird er gelernt haben, daß die Landespolitik und die Kommunalpolitik auch ein bißchen mit Sachlichkeit zu tun haben. - Aber, Herr Stump, ich muß Ihnen sagen: Wenn Sie etwas gelernt haben, haben Sie höchstens neue Schimpfworte gelernt, und die haben Sie uns hier heute vorgeführt.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben eben gesagt: Immer, wenn man nicht weiter weiß, unterstellt man dem anderen Unsinn!; aber es war wirklich viel Unsinn in Ihrer Rede enthalten. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen. Da behaupten Sie, den Gemeinden werde eine Milliarde DM durch Restbildung entzogen, und die Begründung ist, daß die Aufsichtsbehörde die Gemeinden nicht besser beaufsichtigt, weil sie irgendwelche Anträge stellen, zu denen sie noch nicht die nötigen Unterlagen haben. Ich muß wirklich sagen: Auf diese Weise würden ja die Gemeinden selber dafür sorgen, daß ihnen eine Milliarde DM entzogen wird. Das hält einer näheren Nachprüfung überhaupt nicht stand.

(D)

(Stump (CDU): Das sagt doch der Innenminister auch!)

Was ich im übrigen vermißt habe, Herr Kollege Stump, war ein Wort zu der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren. Gestern hat Herr Schauerte auf Schulden und ähnliches abgehoben, aber Sie haben nur verlangt, daß das Land mehr Geld ausgeben soll. Haben Sie eigentlich gestern nicht zugehört, oder gilt das nicht mehr, oder ist Ihnen die Konsolidierung des Landeshaushaltes völlig egal?

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Farthmann (SPD): Das ist genau der Punkt!)



(Wilmbusse (SPD))

- (A) - Vielen Dank, Herr Kollege Farthmann. Wenn Sie schon seit dem letzten Jahr noch nichts dazu gelernt haben, so hat Herr Farthmann gestern noch einmal darauf hingewiesen, daß es nicht geht, auf der einen Seite über die hohen Schulden zu schimpfen und auf der anderen Seite immer höhere Ausgaben zu fordern. Genau das haben Sie heute auch wieder getan.

(Zustimmung bei der SPD)

Das können Sie ja tun. Nur wenn Sie glauben, es könnte nach einer solchen Rede noch zu sachlichen Diskussionen und Beratungen des CFG kommen, dann weiß ich wirklich nicht, wie das noch erreicht werden soll. Dabei ist ja die entscheidende Frage auch im CFG 1987, in welchem Umfange denn die Städte und Gemeinden zu dieser, wie wir meinen, wirklich notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts beitragen müssen.

Den Städten und Gemeinden fließt im Jahre 1987 etwa der gleiche Betrag wie in diesem Jahr zu. Allerdings würden sie bei unveränderter Anwendung der Regeln des CFG 1986 und bei Beibehaltung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes rund 500 Millionen DM mehr erhalten als 1986. Und mit diesen 500 Millionen DM sollen die Gemeinden dabei sein. Es geht nicht um eine Kürzung gegenüber den Zuwendungen dieses Jahres, sondern es geht darum, ob dieser Nichtanstieg der Zuwendungen an die Gemeinden im Interesse der Konsolidierung des Landeshaushalts verantwortet werden kann.

(B)

Sie haben eben schon darauf hingewiesen, daß die Situation mit der Situation in den letzten Jahren vergleichbar ist, und so werden auch die Argumente und die Gegenargumente mit den in den Vorjahren gebrachten vergleichbar sein. Auf der einen Seite steht die Behauptung der Landesregierung und wohl auch die Erkenntnis vieler Landtagskollegen, daß ohne diesen Beitrag der Städte und Gemeinden das Ziel, die Nettoverschuldung des Landes im Haushaltsjahr 1987 auf rund 5,6 Milliarden DM zu beschränken, nicht erreicht werden kann, und auf der anderen Seite der Hinweis der Städte und Gemeinden und auch vieler Kommunalvertreter, daß die Kommunen seit 1981 insbesondere durch die Senkung des Verbundsatzes ganz erheblich zur Konsolidierung des Landeshaushalts beigetragen haben und daß ihre Ausgaben ganz erheblich gestiegen sind. Das stimmt. Das stimmt insbesondere - Sie haben einige Beispiele genannt - für den Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe. Diese betragen 1981 noch 4,6 Milliarden DM, 1985 beliefen sie sich auf 6,6 Milliarden DM. Sie sind allein vom

Jahr 1984 auf das Jahr 1985 um rund 10 % gestiegen. In einzelnen Städten liegen die Anstiege bei 30 %, 35 % und gar 40 %. Das ist gravierend.

(C)

Sie sagen immer, die höheren Ausgaben und die schwierige Situation der Gemeinden überhaupt sei die Schuld von Herrn Rau. Daß die Sozialhilfekosten so ansteigen, ist mit Sicherheit nicht die Schuld von Herrn Rau, sondern die Schuld von Herrn Kohl!

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie einmal in den Statistiken nachsehen, wieviel von diesen wirklich enormen Ausgabensteigerungen auf die Dauerarbeitslosigkeit zurückzuführen ist, dann wird ganz offensichtlich, daß die Gemeinden und natürlich auch nicht das Land Nordrhein-Westfalen für alles das aufkommen können, was uns der Bund hier beschert.

Auf der anderen Seite sind allerdings auch die Steuereinnahmen kräftig gestiegen: 13,7 Milliarden DM in 1981, 16,3 Milliarden DM in 1984. Nun haben Sie gesagt, ein großer Teil dieser Einnahmeverbesserungen, insbesondere der Verbesserungen der Steuereinnahmen, sei darauf zurückzuführen, daß die Hebesätze so kräftig angehoben worden seien. Darauf hat Herr Schauerte gestern noch einmal hingewiesen. Er hat zitiert und gesagt, bei den Hebesätzen sei Nordrhein-Westfalen jetzt an der Spitze der Bundesländer.

(Schauerte (CDU): Mit dem Zuwachs!)

(D)

- Richtig, mit dem Zuwachs. Dabei haben Sie auf eine Zuschrift der Industrie- und Handelskammer in Köln Bezug genommen. Diese sagt, daß die Hebesätze schrittweise um 60 Prozentpunkte oder 19,5 % angestiegen seien. Aber, Herr Schauerte, wenn Sie zitieren, dann würde ich Sie bitten, auch vollständig zu zitieren. Denn die Industrie- und Handelskammer in Köln sagt, daß nach eigenen Berechnungen jetzt 368 v. H. der Durchschnitt ist und daß das - so die Industrie- und Handelskammer in Köln - dem Belastungsniveau des Jahres 1979 einschließlich der damals noch erhobenen Lohnsummensteuer entspreche.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Das heißt also auf gut deutsch: Die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden bekommen an Gewerbesteuer heute genauso viel, wie sie damals an Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer bekommen haben.

(Schauerte (CDU): Ist das denn wahr?  
- Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

(Wilmbusse (SPD))

- (A) Selbst Sie können ja wohl nicht glauben, daß man auf die Lohnsummensteuer verzichten würde, ohne die Gewerbesteuer anzuheben. Schon damals war ganz deutlich, daß die Städte und Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erhoben haben, natürlich einen ganz anderen Hebesatz hatten als diejenigen Gemeinden, die neben der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital auch noch die Lohnsummensteuer erhoben haben.

(Schauerte (CDU): Sie können das nicht verstehen.)

- Wenn Sie das nicht verstehen, dann tut mir das leid. Auf jeden Fall: Dieses Zitat geht in die Hose, damit können Sie überhaupt nichts bringen.

Dann haben Sie gestern - wie natürlich auch Herr Stump eben - darauf hingewiesen, daß die Gebühren so gewaltig angehoben worden seien. Das stimmt auch, Herr Stump. Aber dann darf ich Sie, Herr kommunalpolitischer Sprecher, doch einmal auf die Gemeindeordnung hinweisen. In der Gemeindeordnung steht, daß die Gebühren kostendeckend festzusetzen sind und daß die Erhebung dieser Gebühren Vorrang vor der Kostendeckung aus den allgemeinen Steuermitteln haben müsse.

Präsident Denzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Wilmbusse (SPD): Bitte!)

(B)

- Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege Stump.

Stump\*) (CDU): Herr Kollege Wilmbusse, ist Ihnen denn bekannt, daß die Gemeinden bei der Kalkulation von Gebühren Möglichkeiten haben - das fängt bei der Zugrundelegung des Wiederbeschaffungswertes oder des Herstellungswertes an; das sind unterschiedliche Größenordnungen -, daß sie die Möglichkeit haben, den kalkulatorischen Zins zu bestimmen, daß sie ungeahnte Möglichkeiten haben, Gebühren festzusetzen, und daß sie damit Spielräume haben, die sie voll ausnutzen? Sind Sie nicht der Auffassung, daß das in den Gemeindeparlamenten Themen sind?

Wilmbusse (SPD): Selbstverständlich weiß ich das, Herr Stump. Aber es gibt dabei eine Grenze, und die Grenze ist da, wo überhaupt keine Kosten mehr entstehen. Die Frage ist: Inwieweit können die Gemeinden darauf verzichten, Gebühren zu erheben, und diese Kosten durch allgemeine Steuermittel decken? Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gebühren insoweit nicht nur ausgeschöpft

werden können, sondern auch ausgeschöpft werden müssen. (C)

Wenn die Gebühren so erheblich steigen - Sie haben zum Beispiel auf die Entwässerungsgebühren hingewiesen -, hat das natürlich auch etwas mit Umweltschutz zu tun. Mit jeder neuen Kläranlage, die ich baue, mit jedem neuen Kanal, den ich baue, steigen natürlich auch die Entwässerungsgebühren. Mit jeder Mark, die das Land den Gemeinden für diese Zwecke zur Verfügung stellt, wird zugleich auch die Anhebung der Gebühren herausgefordert. Dies ergibt sich ganz zwangsläufig. Ich weiß nicht, weshalb Sie darum einen solchen Lärm veranstalten.

Sie haben weiter erklärt, die Steuermehreinnahmen seien allein der Verdienst von Herrn Kohl, sprich der Bundesregierung. Eben haben Sie versucht, die Geschichte mit den Steuersenkungsgesetzen ein bißchen an den Rand zu drängen. Wenn meine Unterlagen richtig sind - daran habe ich keinen Zweifel -, so führen diese Steuersenkungsgesetze 1986/88 in Nordrhein-Westfalen in diesen drei Jahren - 1986 bis 1988 - zu Mindereinnahmen von 6 Milliarden DM bei der Einkommensteuer und von 1,3 Milliarden DM bei der Gewerbesteuer. Hierfür haben wir einen Ersatz erhalten, und zwar hat das Land einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer bekommen. Diese Maßnahme bringt von 1986 bis 1988 500 Millionen DM. So sieht der Ausgleich aus; so sieht das aus, was der Bund uns beschert.

Herr Schauerte hat gestern darauf hingewiesen, daß jetzt der Anteil an der Verbundmasse so weit abgesenkt worden sei, daß das Land Nordrhein-Westfalen inzwischen am Schluß aller Bundesländer liege. Ich habe mir die Verbundsätze noch einmal herausgesucht. Sie betragen: in Baden-Württemberg 23 %, genau wie bei uns, (D)

(Stump (CDU): Das ist doch nicht vergleichbar!)

in Bayern 11,54 % - das kann man nicht vergleichen; da gebe ich Ihnen recht -, in Hessen 22,9 %, in Niedersachsen 22,27 %, in Rheinland-Pfalz 20,75 %, an der Saar 20 % und in Schleswig-Holstein 23,8 %. Rein nominell sind sie also nur in Schleswig-Holstein höher als in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wilmbusse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Wilmbusse (SPD): Gerne.)

- Bitte schön!

(A) Schauerte (CDU): Herr Kollege Wilmbusse, wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Kosten für die Landschaftsverbände?

Wilmbusse (SPD): Richtig, es gibt dabei Dinge, die man kaum miteinander vergleichen kann. Da haben Sie völlig recht.

Aber richtig ist ebenso, daß es auch in den anderen Ländern solche Belastungen gibt. So hat z. B. Herr Späth, den Sie immer gerne heranziehen, seinen Gemeinden außer diesen 23 %, die er ihnen lediglich gewährt, in den letzten Jahren noch rund 400 Millionen DM durch eine Finanzverschiebung weggenommen. Außerdem hat er einen interkommunalen Ausgleich eingerichtet. Es ist ganz interessant, sich einmal mit den anderen Ländern zu befassen. Aber wenn Sie, Herr Schauerte, lediglich auf die Verbundsätze abheben, haben Sie überhaupt nicht recht.

(Hunger (SPD): Um Recht geht es denen nicht! - Schauerte (CDU): Es geht mir um die Sache!)

Die Entscheidung ist wirklich nicht leicht. Sie haben recht, wenn Sie davon sprechen, daß der Finanzierungssaldo in den nordrhein-westfälischen Gemeinden schlechter sei als im übrigen Bundesgebiet, aber - ich darf noch einmal darauf zurückkommen - Sie haben die Pflicht zur Konsolidierung des Landeshaushalts überhaupt nicht berücksichtigt. Bei der Wahl Ihrer Schimpfworte, Herr Stump - -

(B) (Stump (CDU): Ich habe keine Schimpfworte gebraucht!)

- Natürlich, ich kann sie Ihnen aufzählen: Beutelschneiderei, Anschlag, Milliardenklau. Dann haben Sie eines gesagt, nämlich: Die Sozialdemokraten im Landtag verstünden sich hier nur als pflichtbewußte Sozialdemokraten, deshalb würden sie zustimmen.

(Mernizka (SPD): Damit hat er recht!)

Wenn auch dieses noch eines Ihrer Schimpfworte darstellen soll, mit denen Sie uns bedenken, muß ich erwidern: Wir sind stolz darauf, daß wir auch bei der Beratung des GFG nicht nur das Interesse der Städte und Gemeinden im Auge haben, sondern uns dazu bekennen, einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten zu müssen.

Ob es sich dabei um 500 Millionen oder um einen darunterliegenden Betrag handeln muß, das ist in unserer Fraktion noch nicht entschieden. Diese Diskussion wird - wie in den Vorjahren - ganz wesentlich davon geprägt, ob in den übrigen Bereichen des Landeshaushalts

genauso gespart wird wie bei den Städten und Gemeinden oder ob jene - wie z. B. Sie - recht haben mit ihrer Behauptung, das Land würde sich auf Kosten der Gemeinden bereichern, d. h., es würde in seinen eigenen Bereichen nicht bereit sein, die Sparsamkeit zu üben, die es andererseits von den Kommunen verlange. Wir werden die Sache prüfen, aber ich bin skeptisch, was den Erfolg unserer Bemühungen betrifft. Wir wissen aus unserer Tätigkeit in anderen Ausschüssen, wie wir auch dort bemüht sind zu sparen.

Es erscheint mir völlig unmöglich, einen Betrag von rund 500 Millionen DM aus dem Haushalt 1987 herauszustreichen. Wenn überhaupt, kann es sich meines Erachtens nur um Teilbeträge handeln.

Dabei ist mir - ich muß es noch einmal betonen - Ihr Lamento völlig unverständlich. Sie schlagen drauf und behaupten, es sei nicht machbar, denn die Gemeinden müßten 500 Millionen DM bekommen und sprechen weiterhin davon, die Landesregierung spare nicht genug. Gleichzeitig kommen Sie dauernd mit Anträgen und verlangen, in den anderen Bereichen des Landeshaushalts solle noch mehr ausgegeben werden. Ich brauche auf die Einzelheiten gar nicht einzugehen. Ich erinnere nur an die 1 500 Lehrer - den Einstellungskorridor -, die Sie im vorigen Jahr beantragt haben, oder an meinen Kollegen Paus aus meinem heimischen Lipperland, der die Einstellung neuer Polizeikräfte und Richter fordert. Das geht bis zur Rockmusik. Auf der einen Seite fordern Sie ständig neue Ausgaben, und auf der anderen Seite stellen Sie sich hin und bezichtigen den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Finanzminister, nicht genügend zu sparen. Ich glaube, das ist wirklich keine überzeugende Argumentation.

Sie werden sich auf Dauer nicht damit helfen können, wenn Sie auf der einen Seite ständig die Schulden beklagen, auf der anderen Seite aber höhere Ausgaben verlangen, und den Gemeinden erzählen, sie seien diejenigen, auf deren Rücken das alles ausgetragen werde. Dies ist nicht überzeugend, was auch die Bürger merken. Eigentlich hätten Ihnen die letzten Wahlergebnisse zu denken geben sollen.

Abenteuerlich, Herr Kollege Riener, ist nach meiner Meinung das Verhalten der F.D.P. Da sind wir wirklich gespannt, wie denn nun Ihre Argumentation beim GFG sein wird. Wenn ich den Gesetzentwurf betrachte, den Sie eingebracht haben, sollen ja 1987 noch 1,9 Milliarden DM aus dem Haushalt und dem

(C)

(D)

(Wilmbusse (SPD))

- (A) GFC herausgeschnitten werden; denn Sie wollen ja die Nettoneuverschuldung auf einen entsprechend niedrigeren Betrag festgesetzt wissen. Wenn ich das einmal berechne - fast 2 Milliarden DM; 23 % davon entfallen auf die Gemeinden -, dann heißt das: Über die 500 Millionen DM hinaus, die die Landesregierung schon vorschlägt, will die F.D.P., daß den Gemeinden weitere 500 Millionen DM weggenommen werden.

(Lachen und Widerspruch des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

- Sie schütteln den Kopf. Aber so muß es ja wohl sein; Sie müßten ja wohl einmal zum Konkreten übergehen. Da muß ich dann allerdings sagen: Das schlägt dem Faß den Boden aus.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie haben nicht zugehört!)

500 Millionen DM sollen die Gemeinden so schon tragen, 500 Millionen DM würden von Ihnen dazukommen, und dann noch Ihre Angriffe auf die Gewerbesteuer, ob ich da die Regierungserklärung in Niedersachsen sehe oder was ich da von Ihren Parteiverlautbarungen halten soll. Diese Belastungen hier und dann noch die Einnahmen über den Wegfall der Gewerbesteuer schmälern - Sie werden viel zu tun haben, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, Sie seien die Totengräber der Gemeinden.

- (B) Übrigens bin ich gespannt, was die CDU zu diesen Vorschlägen der F.D.P. sagt. Angesichts der Oppositionskoalition, die Sie ja haben, bin ich ganz gespannt, was da noch alles kommen wird.

Eine andere Frage ist, auf welche Art und Weise im Rahmen des GFC und anderer Gesetze dieser Betrag von 500 Millionen DM erbracht werden soll. Der Vorschlag der Landesregierung geht bekanntlich dahin, die Beteiligung der Städte und Gemeinden an der Grunderwerbsteuer darauf zu beschränken, daß dieses Steueraufkommen künftig in die Verbundmasse eingebracht wird. Das bedeutet eine Senkung des Gemeindeanteils von 9/14 auf 23 %.

Wir haben in den vergangenen Tagen und Wochen viele Argumente gehört, die gegen eine solche Regelung sprechen. Es ist unbestritten, daß es sich bei der Grunderwerbsteuer um eine Landessteuer handelt, aber in den vielen Jahren, in denen den kreisfreien Städten und den Kreisen ein originärer Anteil daran zugestanden wurde, haben sich diese daran wie an eine Quasi-Gemeindesteuer

gewöhnt. Von daher erscheint es bedenklich, den Kommunen eine Einnahme wegzunehmen, die ihnen ohne besondere Beschlüsse und Gesetze des Landes bisher zufließt. (C)

Besonderer Protest kommt aus den kreisfreien Städten und Kreisen, die bisher überdurchschnittlich an dieser Grunderwerbsteuer partizipierten. Sie haben ein Beispiel gebracht, Herr Stump. Der Betrag von 15,2 Millionen DM ist mir nicht bekannt, aber es könnte vielleicht der Kreis Wesel sein. Wenn ich mir ansehe, was dieser Kreis - wenn er denn gemeint ist - bisher an Grunderwerbsteuer bekommen hat, erkenne ich, daß das weit überdurchschnittlich war. Ich glaube, bei Wesel sind es 34 DM pro Einwohner, während der Durchschnitt bei 26 oder 27 DM liegt. Es geht ja hinauf bis zu 50 DM pro Einwohner. Da kann ich mir vorstellen, daß es sehr, sehr unterschiedliche Interessen und sehr, sehr unterschiedliche Verlautbarungen gibt.

In den vergangenen Jahren ist das Bemühen der SPD-Fraktion immer dahin gegangen, bei geringer werdenden Einnahmen für einen gerechten Ausgleich zwischen steuerstarken und steuerschwachen Städten und Gemeinden zu sorgen, um auch dadurch dazu beizutragen, daß allen Bürgern unseres Landes in etwa gleiche Struktureinrichtungen zur Verfügung stehen. Bei diesem Bemühen ist bisher die Grunderwerbsteuer außen vor geblieben. Bei der Regelung des Finanzausgleichs zwischen den Ländern hat das Bundesverfassungsgericht in seinem bekannten Urteil ausgeführt, daß auch die Grunderwerbsteuer bei diesem Finanzausgleich mit heranzuziehen sei. (D)

Es wird unbestritten sein, daß Grundsätze, die für den Finanzausgleich zwischen den Ländern gelten, auch beim Finanzausgleich zwischen den Gemeinden berücksichtigt werden müssen. Von daher gibt es einen bedeutsamen rechtlichen Aspekt bei der Beurteilung dieser Angelegenheit.

Aber ganz abgesehen von dieser rechtlichen Beurteilung wird die Entscheidung über Beibehaltung oder Fortfall des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer unter den Gesichtspunkt fallen müssen, ob diese Masse von rund 480 Millionen DM nach den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen des GFC verteilt werden soll oder nicht. Wer glaubt, daß die übrigen Verteilungsmechanismen des GFC schon für einen genügenden Ausgleich sorgen, wird sich für eine Beibehaltung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes aussprechen. Wer dagegen meint, daß kein Grund ersichtlich sei, warum neben den übrigen Steuern nicht auch die Grunderwerb-

(Wilmbusse (SPD))

- (A) steuer zu einer gerechten Finanzverteilung zwischen den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden beitragen soll, wird den Gesetzentwürfen der Landesregierung folgen müssen.

In der SPD-Fraktion werden wir diese Diskussion ohne alle Vorgaben sachgerecht führen und uns dabei auch nicht von dem stören lassen, was Sie an Polemik vorgebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Eines muß uns allerdings dabei deutlich sein: Eine Ablehnung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes kann nicht dazu führen, daß damit die Städte und Gemeinden von ihrem Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts befreit sind. Hier unterscheiden wir uns allerdings ganz erheblich.

Oder, um es anders auszudrücken: Wenn den Städten und Gemeinden auch künftig 9/14 des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer verbleiben, müssen im GFG 1987 die Schlüsselzuweisungen unter den im GFG-Entwurf genannten Ansatz absinken. Das ist bedauerlich und in seinen Auswirkungen sicherlich manchem Kommunalpolitiker noch nicht recht bewußt. Denn das ist das besonders Erfreuliche an diesem Entwurf des GFG, daß die Schlüsselzuweisungen um 6,2 % steigen sollen und damit ein Äquivalent für den Wegfall der Grunderwerbsteuer bei den kreisfreien Städten gegeben ist.

(B)

Bei den Kreisen würde der Wegfall der Grunderwerbsteuer in vielen Fällen zu einer Anhebung der Kreisumlage führen müssen. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß die Kreise durch ihre Umlage auch an dem Anstieg der Schlüsselzuweisungen um rund 6,2 % partizipieren. Es wird in den kommenden Beratungen unsere Aufgabe sein, ein solches Alternativmodell auf seine Auswirkungen auf die einzelnen Städte und Gemeinden zu untersuchen. Ich möchte die Landesregierung, Herr Innenminister, schon heute bitten, uns dafür die notwendigen Zahlen zur Verfügung zu stellen. Dabei will ich die Frage, ob eine solche Senkung der Schlüsselzuweisungen durch eine Absenkung des Verbundsatzes oder durch eine Befrachtung der Verbundmasse erfolgen könnte, dahingestellt sein lassen.

Neben der Diskussion über den Wegfall der Grunderwerbsteuer oder über ein anderes Modell lassen Sie mich noch zwei andere Teilaspekte des GFG ansprechen.

Ich habe vorhin schon das Bemühen der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren betont, zu einem gerechten und für alle akzeptablen Finanzausgleich zwischen den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden zu kommen. Dabei haben wir über mehrere Jahre versucht, dieses Problem durch die sogenannte Aufstockung II zu lösen, bis uns der Verfassungsgerichtshof einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Ein auch von unserer Fraktion dabei stets anerkannter Mangel dieser Aufstockung II war die Tatsache, daß wir die Strukturschwächen der Städte und Gemeinden nur mit einem ganz groben Raster messen konnten. Das hatte dazu geführt, daß wir in einzelnen Jahren bis zu 240 Gemeinden durch die Aufstockung II begünstigt haben.

(C)

Die Landesregierung versucht nun in § 17 Abs. 3 des GFG, eine besondere Hilfe auf die Städte und Gemeinden zu beschränken, die unter besonderen strukturellen Schwächen leiden und die ohne eine Hilfe des Landes ihre in den letzten Jahren angesammelten Defizite nicht abbauen können. Die SPD-Fraktion begrüßt dieses Vorhaben der Landesregierung. Sie weiß, daß eine solche Hilfe nur aus der Solidargemeinschaft aller nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden geboren werden kann.

In der bisherigen Diskussion über den GFG-Entwurf ist mehrfach gefordert worden, die dafür vorgesehenen 50 Millionen DM außerhalb des Steuerverbundes zur Verfügung zu stellen. Nun ließe sich das sicherlich leicht bewerkstelligen. Man könnte durch einige Manipulationen 50 Millionen DM aus dem Steuerverbund herausbekommen, indem man befrachtet, und würde dann neben dem Steuerverbund diesen Städten und Gemeinden helfen.

(D)

Dagegen bestehen jedoch meines Erachtens ganz erhebliche Bedenken. Zum einen hilft es den Städten und Gemeinden insgesamt wenig, wenn man aus dem GFG 50 Millionen DM herauspraktiziert und auf andere Art und Weise verteilt. Zum anderen ist wohl gerade eine solche Hilfe für strukturschwache Städte und Gemeinden eine besondere Aufgabe des GFG, wie wir sie seit vielen Jahren für die Ausgleichsstockgemeinden praktiziert haben. Außerdem sollte die Bestimmung des Umfangs, der Modalitäten und insbesondere der Grenzen einer solchen Sonderhilfe dem Gesetzgeber vorbehalten und nicht der Landesregierung überlassen bleiben.

Wenn die Städtefamilie im Rahmen ihrer Solidarität eine solche Sonderhilfe für voraussichtlich acht - vielleicht sind es auch

(Wilmbusse (SPD))

- (A) einige mehr - nordrhein-westfälische Städte und Gemeinden leistet, müssen auf der anderen Seite die Grenzen und Ziele dieser Hilfe klar formuliert sein. So muß deutlich sein, daß sich diese Hilfe nur über einen bestimmten Zeitraum erstrecken kann und daß sie vor allen Dingen von einem Haushaltssicherungskonzept abhängig ist, das die betroffenen Räte in eigener Verantwortung beschließen und erfüllen müssen.

Ich weiß, daß mit diesem Haushaltssicherungskonzept viel von den betroffenen Städten und Gemeinden verlangt wird, aber zum einen ist es nicht mehr als das, was wir seit vielen Jahren von den Ausgleichsstockgemeinden verlangen, und zum anderen ist die Regelung in § 17 Abs. 3 GFG völlig auf der Freiwilligkeit der betroffenen Städte und Gemeinden aufgebaut.

Keine Gemeinde muß diese Hilfe annehmen und die damit verbundenen Auflagen erfüllen, wenn sie eine Möglichkeit sieht, auch ohne Hilfe des Landes ihren Haushalt auf Dauer auszugleichen. Zum anderen ist der Inhalt des Haushaltssicherungskonzeptes völlig der Gestaltung der jeweiligen Stadt oder Gemeinde überlassen, wenn es denn sicherstellt, daß die in § 17 Abs. 3 formulierten Ziele tatsächlich erreicht werden können.

- (B) Die SPD-Fraktion hat begonnen, die Vorschläge im Gesetzentwurf mit den Praktikern aus den betroffenen Städten und Gemeinden zu diskutieren, um Unklarheiten von vornherein zu beseitigen. Dabei sind noch Einzelfragen zu klären, zum Beispiel die, ob diese Hilfe auf Städte und Gemeinden beschränkt bleiben muß, die früher Lohnsummensteuer erhoben haben.

Im großen und ganzen aber meinen wir: Die Richtung, die eingeschlagen ist, stimmt.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu § 25 GFG sagen. Die Landesregierung schlägt vor, die Mittel des Kraftfahrzeugsteuerverbundes nicht mehr wie bisher im Verhältnis zwei zu eins auf Gemeinden und Kreise zu verteilen. Vielmehr sollen die Gemeinden nunmehr drei Viertel und die Kreise ein Viertel der Mittel erhalten. Diesem Vorschlag liegt offenbar die Erkenntnis zugrunde, daß der Deckungsgrad der Aufwendungen in den Gemeinden und Kreisen sich sehr unterschiedlich entwickelt hat. So haben im Jahr 1979/80 die Kreise einen Deckungsgrad von etwa 75 % und die Gemeinden nur einen Deckungsgrad von 25 % erreicht.

Das muß sicherlich zu gesetzlichen Folgen führen. Von daher ist der Vorschlag der Landesregierung zu begrüßen.

(C) Allerdings gibt es eine Reihe von Hinweisen, die darlegen, daß der Verteilungsschlüssel zwischen den Gemeinden korrigiert werden müßte, und zwar: Die Verteilung lediglich nach der Zahl der Einwohner sei zu pauschal. Vielmehr müsse, um zu einer gerechten Verteilung der Mittel zu kommen, wie bisher schon bei den Kreisen, auch bei den Gemeinden die Länge der Straßen und möglicherweise auch die Fläche in die Verteilungsmodalitäten einberechnet werden. Für die SPD-Fraktion erhebt sich die Frage, ob wir schon im GFG 1987 zu einer Änderung des Verteilungsschlüssels kommen sollen oder ob wir diese Verteilung des Schlüssels nicht mit einer Neuordnung der Modalitäten verbinden müssen, das heißt die Einberechnung der Straßenlänge in den Verteilungsschlüssel. Insoweit melde ich noch einen Vorbehalt an.

Lassen Sie mich mit einem Ausblick auf die Entwicklung der Gemeindefinanzen in den kommenden Jahren schließen. Abgesehen von den Änderungen in § 17 Abs. 3 und in § 25 GFG entspricht der Gesetzentwurf des GFG 1987 den Bestimmungen im GFG 1986. Von daher ist das, was Sie gesagt haben, Herr Stump - nichts sei so beständig an dem GFG wie die Unbeständigkeit -, einfach Unsinn; denn die Regeln des GFG 1986 werden einfach nach 1987 übernommen.

(Stump (CDU): Fünf wesentliche!)

(D) Wenn es denn eine wirklich sehr wichtige Änderung gibt, ist dies der Wegfall des Grunderwerbsteuerverteilungsgesetzes, aber nicht das GFG.

Abgesehen von den Veränderungen in § 17 Abs. 3 und § 25 entspricht der Gesetzentwurf genau dem GFG 1986. Für das GFG 1988 stehen uns allerdings Änderungen ins Haus. Aller Voraussicht nach wird dann das Ergebnis der Kommission vorliegen, die sich mit einer Überprüfung der Bedarfsgrundlagen befaßt, die letztlich für die Verteilung der Verbundmasse auf die einzelnen Städte und Gemeinden entscheidend sind. Wir wissen, daß diese Arbeit sehr schwierig ist. Deshalb begleiten unsere guten Wünsche diese Kommission. Wir sind auf das Ergebnis ihrer Arbeit gespannt.

Neben den Verteilungsmodalitäten werden es aber auch in den nächsten Jahren insbesondere die Portionen sein, die unsere Aufmerksamkeit verdienen und denen unsere Sorgen gelten. Sicherlich sind für die Gemeinden die Schlüsselzuweisungen und die anderen pauschalen Zuwendungen des Landes bedeutungsvoll. Noch wichtiger sind für sie allerdings die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Hierzu

(Wilmbusse (SPD))

- (A) hat der Innenminister schon bei seiner Einbringungsrede auf Tendenzen hingewiesen, die uns mit großer Sorge erfüllen.

Bekanntlich hat der Bundeskanzler eine Garantie für die Gewerbesteuer abgegeben, die aber am 25. Januar 1987 ausläuft. Hinzu kommt, daß diese Garantie nichts daran geändert hat, daß in den vergangenen Jahren die Gewerbesteuer weiter ausgehöhlt wurde. In Niedersachsen hat die F.D.P., die offenbar glaubt, damit ihrer Klientel besonders gefällig sein zu können, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gemeinden der CDU eine Regierungserklärung aufgezwungen, die den Wegfall der Gewerbesteuer vorsieht.

Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit besonders bedeutsam, die zur Zeit von Kommissionen der Innenministerkonferenz zur Vorbereitung einer Reform der Gemeindefinanzierung geleistet wird. Dieses Haus hat in der vergangenen Legislaturperiode auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Entschließung vom 05. September 1984 die Ziele formuliert, die mit einer solchen Gemeindefinanzreform unbedingt angestrebt und erfüllt werden müssen.

Wir sollten neben dem Alltagsgeschäft dieser Entwicklung unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, weil Wohl und Wehe unserer Gemeinden davon sehr viel mehr abhängen als von der Frage, ob die einzelnen Bestimmungen des GFG oder des Grunderwerbsteuergesetzes in dieser oder in jener Weise geregelt werden.

- (B) Wir wollen dieses Thema der Gemeindefinanzreform in den Beratungen des Ausschusses für Kommunalpolitik aufgreifen und versuchen, die Arbeit der Landesregierung zu begleiten. Ich habe mit Freude gehört, daß unsere kommunalen Spitzenverbände dabei mit guten Vorschlägen besonders hervorgetreten sind.

Ich rufe die Fraktionen der CDU und der F.D.P. auf, mit uns zusammenzuarbeiten, damit drohendes Unheil von unseren Städten und Gemeinden abgewendet werden kann. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dr. Riemer für die Fraktion der Freien Demokratischen Partei das Wort.

Dr. Riemer (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Landespolitik der letzten Jahre einmal ansieht, dann wundert man sich, was dieses Land alles ausgehalten hat, und zwar an politischen Fehlern und auch an nicht zu verantwortender Politik.

(C) Dieses Land steckt in einer Finanzmisere, über die wir gestern hier ausführlich gesprochen haben. Die Regierung versucht, auf Kosten der Gemeinden über die Runden zu kommen. Sie versucht, sich optisch zu konsolidieren - aber leider mit einer Politik, die den Schaden nicht mindert, sondern im Gegenteil noch wesentlich vergrößert;

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

denn es ist doch unsinnig zu glauben, das Land sei eine Sache, die Gemeinden seien eine andere Sache, und wenn man sich bei den Gemeinden das Geld hole, würde man die Situation des Landes verbessern. Das Land besteht aus den Gemeinden, meine Damen und Herren, und sie sind die Lebensgrundlage des Landes. Es ist sicher ein Geheimnis der Politik einiger anderer Bundesländer, begriffen zu haben, daß es dem Land nur gutgehen kann, wenn es den Gemeinden gutgeht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Land und Gemeinden sind ein funktionierendes ganzes System, und die Wirkungsmöglichkeiten der speziellen Landespolitik - darüber muß man sich im klaren sein; es geht ja nicht nur um Kommunalpolitik - hängen entscheidend auch vom Zustand der Gemeinden und ihren Wirkungsmöglichkeiten ab.

(D) Meine Damen und Herren von der Regierung und der Regierungsfraktion! Dieses Gemeindefinanzierungsgesetz und das gesamte Gemeindefinanzierungssystem zwingen doch zu der Frage, was die Gemeinden für Sie eigentlich sind.

Offenbar - und dafür spricht ja manches von dem, was auch heute hier wieder gesagt worden ist - sind sie eine Art unterer Verwaltungsstelle, der man das an Geld gibt, was man selbst übrig hat. Dies ergibt sich jedenfalls aus der Interpretation der Verfassung durch Ihre Begründung in dem Gesetzentwurf, wo es heißt, daß bei der Aufteilung der Finanzen natürlich die Belange des Landes zu berücksichtigen sind - das ist selbstverständlich -; aber dort steht ausdrücklich: "Dabei hat der Landesgesetzgeber einen weiten Spielraum." "Weiter Spielraum", meine Damen und Herren, das kann doch nur heißen, daß die Gemeinden als landespolitische Manövriermasse, auch was die Finanzen anbetrifft, angesehen werden.

Ich will Ihnen sagen, was wir von den Gemeinden halten und wie wir die Gemeinden sehen. Die Gemeinden haben im Umfang der Verfassungsgarantien Eigenständigkeit und insoweit

(Dr. Riemer (F.D.P.))

- (A) das Recht der Selbstverwaltung, und sie haben das Recht - ich betone das: sie haben das Recht! - auf eine Finanzausstattung, die dieser Eigenständigkeit und Selbstverwaltung entspricht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es geht hier nicht um Almosen. Und auch dem Umfang nach brauchen sich die Gemeinden nicht damit zu begnügen, daß Sie wohl an letzter Stelle der landespolitischen Prioritäten stehen und sich mit dem Rest der Finanzen zufriedengeben müssen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie haben ein Recht auf eine Finanzausstattung, die es ihnen ermöglicht, ihre Lebensfunktion als Gemeinden voll zu entfalten, Herr Innenminister! Diese Funktion ist auch eine wesentliche Voraussetzung dafür - das müssen wir dabei immer sehen -, daß es überhaupt staatliche Einnahmen gibt; denn unabhängig von jeder formalrechtlichen Betrachtung ist doch klar, daß das Land faktisch zu einem erheblichen Teil Kostgänger der Gemeinden ist. So ist doch die Wirklichkeit!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch deshalb liegt es im Interesse des Landes, den Gemeinden nicht nur zu geben, was man übrig zu haben glaubt; vielmehr muß es umgekehrt sein: Die Gemeinden müssen so viel haben, daß sie ihren Beitrag, und zwar ihren Leistungsbeitrag im Rahmen der Selbstverwaltung für das Land und seine Bürger erbringen können.

(B)

Um es mit einem Bild aus der Wirtschaft zu sagen, Herr Innenminister, weise ich auf das Verhältnis zwischen Holding und Unternehmen hin. Diese Landes-Holding ist ohne ihre Unternehmen, die Gemeinden, nichts wert, aber auch gar nichts wert!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Bisher jedenfalls und insbesondere unter unserer Regierungsbeteiligung - wenn ich mich an die damaligen Diskussionen über den Verbundsatz erinnere - hat es niemand für möglich gehalten, daß es einmal einen Verbundsatz von nur 23 % überhaupt geben könnte, eben weil nicht nur die Gemeinden heruntergewirtschaftet werden, sondern spätestens mittelfristig über die Gemeinden auch das Land heruntergewirtschaftet wird. Deshalb ist das GFG 1987 auch landespolitisch ein Skandal, nicht nur kommunalpolitisch, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht hätte man noch darüber reden können - und Sie hätten auch mit uns darüber reden können -, ob nicht einmal in einem Jahr ein besonderer Notbeitrag der Gemeinden erforderlich und vielleicht auch möglich gewesen wäre; denn auch bei den Gemeinden gab es - jetzt gibt es das nicht mehr - einiges Überflüssige, was abgespeckt werden konnte. Aber das Land schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn es über mehrere Jahre den Gemeinden immer mehr nimmt.

(C)

Die vielen Programme, die von der Regierung aufgelegt werden - z.B. auch gegen die Arbeitslosigkeit -, mit denen sie etwas in Bewegung setzen will, werden in ihrer Wirkung wieder dadurch kaputtgemacht, daß den Gemeinden die Luft für eigene, viel wirksamere Aktivitäten genommen wird.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Hatte man im vergangenen Jahr geglaubt, daß 23 % Verbundsatz das Ende der Fahnenstange sei, dann hat man sich geirrt und die Negativkreativität der Landesregierung unterschätzt. Die 23 % hält die Regierung formal, wahrscheinlich auch deswegen, weil sie selber spürt, daß sie hier schon eine absolute Grenze überschritten hat. Aber diese 23 % können nur mit einem Trick gehalten werden, nämlich damit, daß man den Gemeinden die Grunderwerbsteuer nimmt.

Den Gemeinden die Grunderwerbssteuer zu nehmen ist ein doppelt schwerwiegender Fehler; denn Eigenständigkeit der Gemeinden hat natürlich mit Finanzen zu tun. Aber wichtig ist auch, daß es sich dabei um möglichst eigene Einnahmequellen handeln muß. Dieses Prinzip ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verteilung der Grunderwerbsteuer gröblich verletzt worden.

(D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Dieser Gesetzentwurf, meine Damen und Herren von der Regierung und der Regierungsfraktion, entlarvt Sie. Sie halten nichts von der Eigenständigkeit und der Selbstverwaltung der Gemeinden. Da helfen alle schönen Worte nichts. Ihre Taten, meine Damen und Herren, sprechen in dieser Frage eine unverschleierte, eindeutige, ja, brutale Sprache.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Aber politisch geradezu gemeingefährlich wird das Ganze auch noch dadurch, daß Sie auf diesem abenteuerlichen Wege durch die Hintertür - man muß eigentlich schon sagen: durch einen rückwärtigen Tunnel - versuchen, die sozialdemokratisch regierten Ge-



(Dr. Riemer (F.D.P.))

- (A) meinden, jedenfalls die Großstädte, auf diese Weise wieder zu begünstigen wie etwa bei der verfassungswidrigen Aufstockung II. Auch das muß hier deutlich festgestellt werden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ihnen fallen immer wieder neue Tricks ein. Ich meine, sie sind zum Schaden des Landes insgesamt.

Bei diesem Konzept des Verschleierns und Manipulierens kommt Ihnen natürlich das überholte und undurchschaubare Instrument des Gemeindefinanzierungsgesetzes in der vorgelegten Form gerade recht. Aus den Gründen des Urteils des Landesverfassungsgerichts ergab sich doch recht deutlich - deutlicher konnte das Gericht gar nicht werden - die Aufforderung, hier eine Neuregelung zu schaffen. Das Verfassungsgericht hat von "Ultrakomplexität der Finanzregelung" gesprochen. Ich sage Ihnen: Allein Komplexität ist uns zuviel. Wir wollen eine einfache, überschaubare und gerechte Finanzregelung für die Gemeinden und das Land haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daß wir immer noch mit diesem alten System arbeiten, zeigt, daß die Landesregierung nach wie vor unfähig ist. Sie hat den Gesetzentwurf mit den alten Strukturen auch für 1987 wieder vorgelegt. Sie hat zwar eine Kommission eingesetzt. Die hätte ihre Arbeiten schon längst vorlegen müssen. Jetzt sollen sie noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Ich bin nicht ganz sicher, ob das der Fall sein wird. Aber wenn wir dann den Bericht der Kommission haben werden, werden wir noch lange keinen neuen Gesetzentwurf haben, jedenfalls keine systematische neue Regelung.

(B)

Diesen Gesetzentwurf nicht nach neuen Strukturen zu gestalten, ist nach unserer Auffassung unerträglich. Nicht Hinhalte- und Verzögerungstaktik ist gefragt, Herr Innenminister, sondern Initiative, Kreativität und Entscheidungskraft. All dies ist auf weiter Flur nicht zu erkennen. Auch der Entwurf 1987 zeigt nichts Derartiges, sondern er läuft nach der Devise: in Ratlosigkeit weiterwurschteln wie bisher; Kürzungen vornehmen; Befrachtungen vorsehen; versuchen, an unauffälliger Stelle so etwas Ähnliches wie die verfassungsrechtlich vorwurfene Aufstockung II hereinzudrücken.

Die Fachbeamten in den Ministerien, die gemeinsam mit den Verbandsfunktionären und sozialdemokratischen Lokalpolitikern an der Ruhr das Süppchen anrühren, haben dieses

mittlerweile so versalzen, daß es kaum noch genießbar ist. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Pohl (CDU): Herr Riemer, dafür kündigt er aber eine große Strukturreform für das nächste Jahr an!)

Dies zeigt auch deutlich die Kritik, die aus allen Lagern kommt. Die Landesregierung bietet gegenüber dieser Kritik eine hilflose Erscheinung.

Die F.D.P. hat bereits im vergangenen Jahr hier einen überzeugenden Neubeginn gefordert. Da die Landesregierung dazu offenbar nicht in der Lage ist, sehen wir uns gezwungen, selber Initiativen zu entwickeln. Wir werden in den nächsten Monaten einen eigenen Entwurf für ein Gemeindefinanzierungsgesetz vorlegen. Denn die Städte und Gemeinden in diesem Land haben es nicht verdient, auf ausstehende neue Konzepte der Landesregierung noch länger warten zu müssen. Es muß endlich Klarheit geschaffen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Eckdaten, an denen ein überzeugender Neuentwurf orientiert sein muß, lauten aus unserer Sicht wie folgt.

Erstens: Wir wollen mehr Transparenz. Es muß Schluß sein mit Hunderten von geheimen Proberechnungen, die nach nicht mehr nachvollziehenden Vorgaben errechnet werden, um bestimmte Wunschergebnisse zugunsten einzelner Städte oder einzelner Regionen zu erreichen. (D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Mauschelei, meine Damen und Herren, muß aufhören! Im Vorfeld der Gesetzeseinbringung muß sowohl für die Kommunen als auch für die Fraktionen dieses Hauses endlich das, was da gerechnet worden ist, nachvollziehbar sein.

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

Zweitens: Wir wollen mehr Stetigkeit. Wir müssen von dem jährlich neu manipulierten Gemeindefinanzierungsgesetz wegkommen und zu einer längerfristigen Regelung gelangen, die für die kommunale Selbstverwaltung und deren Haushalts- und Finanzplanung verlässliche und über mehrere Jahre kalkulierbare Daten bietet.

(Dr. Riemer (F.D.P.))

- (A) Die neu zu schaffenden Strukturen im Bereich des GFG müssen deshalb über längere Zeit verbindlich und kalkulierbar sein.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Drittens: Wir wollen deshalb neue, überzeugende strukturelle Grundlagen: die Orientierung des Bedarfs an der Aufgabenbelastung der Städte und Gemeinden, die sich aus ihrer Funktion im zentralörtlichen Gliederungsprinzip ergibt, Gewichtung nicht nur der Einwohnerzahl wie bisher, sondern auch der Fläche und anderer Funktionen, die insoweit Einfluß nehmen.

Viertens: Abbau der Zweckzuweisungen in der Gemeindefinanzierung. Der kommunale Finanzausgleich muß sich auf das konzentrieren, was er eigentlich sein soll: ein zielgerichteter teilweiser Ausgleich der Finanzkraft der einzelnen Städte und Gemeinden. Der Finanzausgleich soll durch Abbau der Zweckzuweisungen nicht mehr als Instrument landespolitischer Steuerung in Einzelfällen dienen.

Zweckzuweisungen, die wir natürlich auch bejahen, soweit sie dem Grunde nach weiterhin erforderlich sind, sind in Zukunft aus dem Landeshaushalt zu bestreiten, weil es sich dabei um Landespolitik handelt.

Fünftens: Zugrundelegung realistischer Steuerkraftdaten. Die fiktiven Steuerkraftdaten sind auf realistischer Grundlage zu überprüfen und neu festzusetzen. Auch sie müssen über mehrere Jahre konstant gehalten werden, damit die Finanzierungsregelungen für die Gemeinden berechenbar sind.

(B)

Sechstens: Schaffung eines Anreizes zur Konsolidierung aus eigener Kraft. Das liegt uns besonders am Herzen. Der Finanzausgleich muß auch dazu dienen, die Gemeinden und Städte anzureizen, ihre Haushalte aus eigener Kraft soweit irgend möglich zu sanieren, und dazu muß eine entsprechende Prämien- bzw. Bonusregelung in das Gesetz eingebaut werden.

Siebtens: Verstärkung der Investitionspauschale. Um wirklich vor Ort günstige Erfolge auch für den Arbeitsmarkt zu erreichen, muß die eigenverantwortlich einzusetzende Investitionspauschale kräftig angehoben werden. Die generelle Prämisse muß heißen: mehr Verantwortung und Entscheidung vor Ort, mehr Pauschalierung, weniger Einzelne Zweckbindung.

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

(C) Achtens: Anhebung der Verbundquoten. Die Verbundquoten müssen im Interesse der Aufgabenerfüllung vor Ort sukzessive angehoben werden, um sie letztendlich zur Größenordnung des Jahres 1980 wieder hinzuführen. Dies gilt sowohl für den allgemeinen Steuerverbund als auch für den Kraftfahrzeugsteuerverbund.

(Minister Dr. Schnoor: Unter gleichzeitiger Entfrachtung von sämtlichen Zweckzuweisungen?)

- Die Zweckzuweisungen sollen aus dem Steuerverbund heraus und in den ordentlichen Haushalt. Ich habe ja gesagt "sukzessive", Herr Innenminister. Wir sind uns darüber im klaren, daß man nicht von heute auf morgen wieder den Zustand von 1980 herstellen kann. Das ist doch klar.

Daß die Landesregierung keine grundlegenden neuen systematischen Ansätze in diesem Gesetz zum Ausdruck bringen will, zeigt sich im Entwurf 1987 und zeigt auch eben ihr Konzept. Auch dieses GFG 1987 wird den Bedürfnissen der kommunalen Selbstverwaltung und den Problemen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Die Finanzierungsregelung für die Gemeinden ist Flickwerk, Stückwerk und schadet dem Land.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

(D)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu einigen Themen äußern, um das richtigzustellen, was von Kollegen der CDU, aber auch der F.D.P. an Unrichtigkeiten genannt worden ist.

Wenn man sich die Reden angehört hat, insbesondere die von Herrn Kollegen Schauerte, aber auch von Ihnen, Herr Stump, dann merkt man: Hier wird anhand eines roten Fadens - oder eines schwarzen Fadens - gesprochen, die Welt wird in gut und böse eingeteilt, in schwarz und weiß, in richtig und falsch, die Parteien werden dem zugeordnet, und bei allem, was diesem Strickmuster widerspricht, werden Fakten entweder unterdrückt oder in eine Schablone gezwängt und damit verfälscht. Richtig, gut, wahr, schön ist natürlich alles, was die CDU sagt - die F.D.P. auch, natürlich -; falsch, unehrlich, schlecht ist alles das, was wir sagen.

(Demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Nach diesem Strickmuster gehen Sie doch hier vor. Ich finde es hervorragend, insbesondere für eine Partei, die sich der Aufklärung verbunden weiß, wenn sie hierbei auch noch klatscht.

(Westermann (SPD): Das war sehr peinlich. - Lachen bei der F.D.P.)

Herr Stump hat erklärt, der Innenminister habe sich nicht nur aus der Kommunalpolitik verabschiedet, nicht nur finanziell - das hätte ich ja noch hingeworfen; das andere nehme ich natürlich auch hin -, sondern er hat dazu die Attribute gewählt: persönlich und geistig. Was soll das eigentlich? Was meinen Sie damit eigentlich?

Er spricht von einer gemeindefeindlichen Politik. Dem Begriff des Feindes, meine Damen und Herren, liegt doch die Absicht zugrunde, die Gemeinden zu schädigen.

(Dr. Pohl (CDU): Ja!)

- Da sagen Sie auch noch ja. Die Absicht, die Gemeinden zu schädigen!

(Nagel (CDU): Wer ernennt in die Tasche greift! - Dr. Linssen (CDU): Wollen Sie denn sagen, das wäre Ihnen unterlaufen?)

Welch ein Menschenbild haben Sie eigentlich, meine Damen und Herren?

- (B) (Beifall bei der SPD)

Was halten Sie eigentlich von Ihrem politischen Gegner? Daß Sie unsere Politik ablehnen, ist ja Ihr gutes Recht. Aber in dieser Form uns auch noch die Redlichkeit und Sachgerechtigkeit absprechen zu wollen, ist doch Ihrer nicht würdig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

Dr. Schnoor, Innenminister: Nein, in diesem Moment möchte ich zunächst zu Ende sprechen. Ich komme gleich darauf zurück. Ich möchte zunächst meinen Gedanken zu Ende führen.

Da spricht Herr Riemer von der brutalen Sprache unserer Politik, sie sei politisch gemeingefährlich.

Das Ganze wird dann noch mit Behauptungen garniert, die Aufstockung II hätten wir nur den sozialdemokratischen Städten zugeschanzt. Als ob Aachen und Mönchengladbach sozialdemokratische Städte sind! (C)

Er spricht von den Gemeinden, die wie untere Verwaltungsstellen behandelt werden. Herr Kollege Dorn, paßt eigentlich Ihre Kritik an meinem Verhalten als Kommunalaufsichtsmi- nister gegenüber friedenspolitischen Beschlüs- sen der Gemeinden,

(Dorn (F.D.P.): Da haben Sie doch gar keine Haltung bewiesen!)

- Moment! -, wenn Sie die Besorgnis in der Bevölkerung und die Besorgnis in Räten als "Spielwiese" bezeichnen? Ist das Ihre Ein- stellung zu den Kommunen?

(Zustimmung bei der SPD)

Ich frage Sie nur: Paßt das eigentlich zu- einander, meine Damen und Herren?

(Dorn (F.D.P.): Die Spielwiese haben Sie doch geschaffen!)

- Selbstverständlich! Ich finde nur, Ihre Darstellung ist inkonsequent. Auf der einen Seite sagen Sie, wir wollten in die Autonomie eingreifen, und auf der anderen Seite be- zeichnen Sie das, was Gemeinden aufgrund ihrer Autonomie meinen tun zu müssen - Sie können es ja bestreiten, daß ihnen das zu- steht -, als "Spielwiese". Das paßt nicht zusammen. (D)

Die Welt läßt sich doch nicht einfach in Gut und Böse einteilen. Das stimmt doch einfach gar nicht.

(Dorn (F.D.P.): Das hat auch niemand behauptet!)

- Doch! So haben Sie hier während der gesamten Haushaltsdebatte argumentiert, auch in bezug auf unsere Politik gegenüber den Gemeinden.

(Zuruf des Abg. Stump (CDU))

Es ist doch einfach nicht wahr, daß immer nur die eine Seite recht und die andere Seite unrecht hat. Das Leben ist doch nicht mit einem einfachen Strickmuster zu vergleichen. An vielen Dingen, die Sie gesagt haben, ist doch etwas Wahres dran. Aber Sie machen es jedermann unmöglich, das Wahre zu erkennen, weil es in einer böserartigen Polemik versteckt ist, die den Menschen, den "Gegner" treffen will!

(Zustimmung bei der SPD)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Damit werden Sie, meine Damen und Herren, weder den schwierigen Sachverhalten noch den Gemeinden noch den Sachproblemen des Landes gerecht. Ich will dazu einige Beispiele aufführen.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

- Nein, Herr Dorn, der Politik werden Sie mit dieser Polemik auch nicht gerecht. Das ist es nämlich!

Der eine Vorwurf lautet, das Land spare zu Lasten der Gemeinden.

(Zuruf von der F.D.P.: So ist es!)

In dem Zusammenhang wird dann gesagt, den Gemeinden gehe es sehr schlecht. - Sicherlich, den Gemeinden geht es nicht gut. Aber nun müssen Sie sich auch einmal entscheiden. In Bonn ist zu hören, daß es den Gemeinden dank der gemeindefreundlichen Politik des Bundes gutgeht; hier wird beklagt, den Gemeinden gehe es schlecht. Wenn es den Gemeinden dank der Bundespolitik, dank der eigenen Leistungen der Gemeinden, die zweifellos vorhanden sind, so gutgeht, wie die Bonner meinen: Weshalb verlangen Sie dann von uns höhere Finanzzuweisungen? Irgendwie paßt das nicht zusammen.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, Herr Minister!)

- (B) Des weiteren meine Damen und Herren: Übersehen Sie bei Ihren "Was wäre, wenn"-Rechnungen eigentlich, daß wir es sowohl beim Landeshaushalt als auch beim GFG mit Jahressetzen zu tun haben, in denen jährlich festgelegt werden muß, welche Möglichkeiten das Land hat und welche Notwendigkeiten bei den Gemeinden bestehen? Wer höhere Finanzzuweisungen für die Gemeinden möchte - ich sage Ihnen: die möchte jeder, der hier sitzt, und die möchte jedes Mitglied des Kabinetts -, der muß sich gleichzeitig fragen, ob das mit den Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung vereinbar ist, der muß abwägen - und dazu vermisste ich in Ihren Beiträgen, auch in Ihrem Beitrag, Herr Riemer, eine Aussage - und der muß sich doch entscheiden. Wer die Nettokreditermächtigung zurückführen will - ich hätte sie gern weiter zurückgeführt als um 1,2 Milliarden DM -, der muß auch sagen, wo man diese Mittel wegnimmt.

Einer der Kollegen - ich glaube, es war Kollege Stump - hat sinngemäß ausgeführt, der Anteil der Zuweisungen an die Gemeinden werde zur Verfügungsmasse im Haushalt. Daran ist ja etwas Richtiges. Es ist ja das

Problem, daß wir im Landeshaushalt Blöcke haben, in denen wir festgelegt sind. Natürlich dürfen Sie kritisieren: Das ist die Politik der Landesregierung gewesen. Aber Sie müssen auch zugeben, daß es diese Blöcke gibt, so daß in der Tat die Gefahr besteht, daß der Teil, der mehr oder weniger disponibel ist - das sind alle Zuweisungen -, eingeengt wird, weil man an die Blöcke nicht herankommt. Aber dann müssen Sie sich doch auch fragen lassen, ob Sie uns denn - der Finanzminister hat das gestern durch einen Zuruf deutlich zu machen versucht - unterstützt haben, als wir vor Jahren versucht haben, an diese Blöcke heranzugehen. Meinen Sie, uns sei es leichtgefallen, im Bundesrat einen Antrag zu stellen, der das sogenannte 13. Gehalt der Beamten gestuft kürzt? Das wären damals 350 Millionen DM gewesen.

Wir sind natürlich von allen verprügelt worden: von den Gewerkschaften, von unserer eigenen Bundesregierung, Herr Kollege Dorn - das war nicht die jetzige Bundesregierung, es war die damalige Bundesregierung Schmidt/Genscher -, und Herr Hartkopf ist im Bundesrat aufgetreten und hat gesagt, das komme nie in Betracht. Also: Alle haben ihren Beitrag dazu geleistet, übrigens auch zu der Situation des Landeshaushalts, in der wir stehen. Die F.D.P. kann sich da nicht freizeichnen; ich komme noch darauf zurück.

Jedenfalls hat uns niemand unterstützt. In der Tat besteht dann die Gefahr, daß die Gemeinden anschließend die Zeche bezahlen müssen. Nur: Hier muß man doch auch zur Kenntnis nehmen, daß es dank der Leistungen, von wem auch immer - Sie sagen: der CDU-Bundesregierung, wir sagen: dank eigener Konsolidierungsanstrengungen unserer Gemeinden und auch dank der Leistungen, die wir früher in großem Umfang haben erbringen können -

(Zuruf des Abg. Dr. Worms (CDU))

den Gemeinden bessergeht als dem Land und daß es deshalb auch vertretbar ist, nicht einfach die Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden des Jahres 1986 automatisch fortzuschreiben, sondern ihnen im Grunde den Zuwachs, der sich hier ergeben hätte, wegzunehmen. Das ist doch hier der ganze Punkt, meine Damen und Herren.

Es ist nicht redlich, uns einerseits wegen der Kreditermächtigung anzuklagen und gleichzeitig zu sagen, es müßten mehr Finanzzuweisungen für die Gemeinden sein. Und dann höre ich, Herr Riemer: Der Verbundsatz soll auf das Jahr 1980 zurückgeführt werden, und dann sollen auch noch die Zweckzuweisungen

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) herausgenommen werden, und gleichzeitig soll die Nettokreditermächtigung im Land bis 1990 auf Null zurückgeführt werden. Glauben Sie wirklich, damit Ihre Glaubwürdigkeit in der Politik und Ihre Gemeindefreundlichkeit unterstreichen zu können, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Dies nimmt Ihnen kein Ratsmitglied ab. Denn jedes Ratsmitglied versteht da mehr von der Finanzpolitik als Sie. Aber Sie verstehen ja auch genug davon. Sie versuchen nur, uns etwas anderes weiszumachen.

Noch eines will ich Ihnen sagen. Die Verantwortung für die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, tragen sicher wir Sozialdemokraten. Wir haben die Regierung geführt. Völlig richtig. Aber mindestens in demselben Umfang, Herr Kollege Dorn, trägt sie die F.D.P. mit, die sich hier als Saubermann und Weißmacher hinstellen möchte.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie sich bitte einmal die Steigerungsraten im Landeshaushalt bis einschließlich 1981 an! Wir haben 1981 im Grunde noch den Haushalt fortgeschrieben, den wir mit Ihnen zusammen aufgestellt haben.

(Dorn (F.D.P.): Stimmt doch gar nicht!)

- (B) - Herr Kollege Dorn, wir hatten 1980 - dieser Haushalt ist ja wohl mit Ihnen zusammen aufgestellt worden - eine Steigerungsrate von 11 %. Wenn Sie hier sagen, es müssen mehr Finanzzuweisungen für die Gemeinden sein, dann wird dadurch deutlich, daß mit Ihnen zusammen eine Konsolidierung des Landeshaushalts nie möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Eine Konsolidierung des Landeshaushalts kann man eben nur unternehmen, wenn man sich auf eine Mehrheit im Landtag stützen kann, die die Notwendigkeiten und die Sachzwänge anerkennt und einsieht - wie die sozialdemokratische Landtagsfraktion. Das wäre mit Ihnen nicht möglich gewesen!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dorn?

(Minister Dr. Schnoor: Ja, gern!)

- Herr Dorn, bitte schön, Sie haben das Wort.

(C) Dorn (F.D.P.): Herr Minister, nachdem Sie sich vorhin so darüber beklagt haben, daß Sie unsachgerecht angegriffen worden seien, ist es denn dann richtiger, wenn Sie uns Unsachgerechtigkeit und Unkenntnis im gleichen Zusammenhang hier vorwerfen, obwohl Sie ganz genau wissen, Herr Minister, daß wir in den Jahren von 1975 bis einschließlich 1979 nur 50 % der genehmigten Kreditaufnahmen in der Landesregierung mit Ihnen gemeinsam in Anspruch genommen haben und daß Sie dann 1980 und 1981 die in den fünf Jahren vorher eingesparten Kredite zusätzlich aufgenommen haben und über 9 Milliarden DM zusätzlich in diesen Jahren verpulvert haben? Und da wollen Sie noch von Konsolidierung reden?

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege Dorn, Ihr Beitrag wäre überzeugender gewesen, wenn Sie auf die Ausgabenseite, auf die ich hingewiesen habe, nämlich eine Haushaltssteigerung von 11 %, und auch auf den Hinweis auf die Höhe der Finanzzuweisung eingegangen wären.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

(D) Ich sage Ihnen ganz deutlich, meine Damen und Herren: Wer den Haushalt und die Haushaltsentwicklung des Landes sachgerecht beurteilt, muß einfach anerkennen, daß es auf der einen Seite bei den Ausgaben Belastungen sind, die andere Länder nicht haben - was inzwischen auch vom Bundesverfassungsgericht anerkannt worden ist -, und daß es zum zweiten natürlich auch politische Entscheidungen gibt, die wir getroffen haben. Insofern stimmt es, wenn gesagt wird: Hier gibt es auch Hausgemachtes. Aber es war doch gemeinsam hausgemacht, daß wir den Gemeinden 28 % gegeben haben. Die haben doch mit dazu beigetragen.

(Aigner (SPD): Die am längsten Lehrer eingestellt haben!)

Es war doch hausgemacht, daß wir für den Wohnungsbau damals mehr ausgegeben haben, als unserem Anteil entsprach. Das war gemeinsame Politik in diesem Land.

Da mag sich die Opposition jetzt davonstehlen wollen. Wir wollen das nicht.

Das Ruhr-Programm, Herr Kollege Riemer, das uns angekreidet wird, haben wir doch gemeinsam gemacht. Da haben doch stolz auch die F.D.P.-Minister neben uns gegessen. Zu

(Minister Dr. Schnoor)

(A) Recht! Verbrennen Sie das doch bitte nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Das kommt doch jedenfalls in Ihren Beiträgen nicht zum Ausdruck.

Frau Präsidentin, ich glaube, ich muß korrekterweise jetzt einen Moment unterbrechen, weil der Herr Kollege Pohl eine Zwischenfrage stellen möchte.

Frau Vizepräsident Friebe: Er hat sich nicht gemeldet.

(Minister Dr. Schnoor: Vorhin hat er sich gemeldet.)

- Vorhin hat er sich gemeldet? Sie möchten eine Zwischenfrage stellen, Herr Pohl? Bitte schön.

Dr. Pohl (CDU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Ich hatte die Zwischenfrage bereits beim Herrn Präsidenten Klose angemeldet.

Herr Minister, auch wenn ich nicht verstehe, warum Sie sich gegen den Vorwurf der Feindlichkeit wehren, wo doch innerhalb mehrerer Jahre hintereinander der Verbundsatz von 28,5 auf 23,5 % gesenkt wird, wo doch befrachtet und wo doch jetzt Grunderwerbsteuer gekappt wird, möchte ich Sie doch einmal fragen: Wenn Sie selber eine Strukturreform in Ihrer Eingangsrede hier ankündigen und die Kollegen dann auf die Problematik der Zweck- und Schlüsselzuweisungen und die Ansatzproblematik verweisen, warum wenden Sie dann Ihrerseits unter dem Vorwurf, die Opposition sei polemisch, gleichzeitig die gleiche Polemik gegen die Opposition an? All das verstehe ich nicht mehr.

Dr. Schnoor, Innenminister: Es mag sein, Herr Kollege Pohl, daß ich bei meiner Antwort etwas temperamentvoller gesprochen habe - so will ich es einmal ausdrücken -, als ich es mir vorgenommen hatte. Denn ich habe kein vorbereitetes Redemanuskript. Die Herren Kollegen hingegen, die uns hier angegriffen haben, haben aus ihren Manuskripten vorgelesen!

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Dorn (F.D.P.): Das ist ja unerhört! Es ist schon schlimm, daß wir uns vorbereitet haben! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Lassen Sie mich dazu direkt etwas sagen, Herr Kollege Pohl! (C)

(Dautzenberg (CDU): Herr Schnoor, der Zensurminister! - Zustimmung Zurufe von F.D.P. und CDU)

Sie müßten doch, Herrn Kollege Pohl, wenigstens eines einräumen: Wenn man die Nettokreditermächtigung auf 5,6 Milliarden DM zurückführen will - und ich nehme an, daß wollen Sie auch -, dann muß man das Geld irgendwo hernehmen. Und wenn man dann zu der Entscheidung kommt - -

(Wagner (CDU): Das Geld holt man bei den Gemeinden!)

- Richtig, es muß bei den Gemeinden weggenommen werden.

(Oh-Rufe von der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich übernehme einmal Ihre Argumentation, meine Damen und Herren von der CDU.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie können sagen, das sei ein Irrtum, oder wir hätten nicht genau hingeschaut; da gäbe es noch Möglichkeiten, etwa bei den Personalkosten oder bei den Aufwendungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Oder Sie könnten geltend machen, wir könnten die Kohlebeteiligung streichen, die es ja noch gibt. - Das alles können Sie sagen. Aber Sie können doch nicht argumentieren, wenn wir - aus Ihrer Sicht irrtümlicherweise - Kürzungen bei den Zuweisungen für die Gemeinden vorgenommen haben, sei dies Ausdruck einer Feindseligkeit gegenüber den Gemeinden! (D)

(Stump (CDU): Doch, genau das ist es! - Weitere zustimmende Zurufe von der CDU)

Das zeigt eben Ihr manichäisches Weltbild, wonach die Welt nur in Gut und Böse einzuteilen ist; die Guten sind bei den Christdemokraten, die Bösen bei den Sozis! Davon lassen Sie sich natürlich nicht abbringen!

(Beifall bei der SPD - Lachen und Widerspruch bei der CDU - Unruhe)

Ich möchte noch rasch auf einige Einzeldinge eingehen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU) - Weitere Zurufe von der CDU)

(Minister Dr. Schnoor)

(A) Zunächst einmal zu den Hebesätzen, meine Damen und Herren! Gestern hat Herr Schauerte auf die Hebesatzentwicklung in Nordrhein-Westfalen hingewiesen und dabei behauptet, bei uns seien die Hebesätze überproportional angestiegen. - Es ist richtig, Herr Schauerte, daß sich in Nordrhein-Westfalen die Progression bei den Gewerbesteuerhebesätzen rascher vollzogen hat als in den anderen Ländern. Aber ich verweise dazu einmal auf eine Stellungnahme einer für Sie sicherlich unverdächtigen Einrichtung, nämlich der Industrie- und Handelskammer Köln. Sie hat in einer bemerkenswerten Schrift zur Gewerbesteuerentwicklung - Sie kennen sie, Herr Kollege Stump - einmal ausgerechnet, welche Höhe die Hebesätze vor Abschaffung der Lohnsummensteuer und nach Abschaffung der Lohnsummensteuer hatten. Dabei hat die Industrie- und Handelskammer Köln umgerechnet, wie die Hebesatz-Landschaft gewesen wäre, wenn es keine Lohnsummensteuer gegeben hätte. Da kommt man zu folgendem Ergebnis: 1979 hätten wir mit Lohnsummensteuer insgesamt 368 Prozentpunkte gehabt; 1986 haben wir wiederum 368 Prozentpunkte; das ist die durchschnittliche Höhe der Gewerbesteuerhebesätze von 1979 bis 1986 nach Gemeindegrößenklassen.

Hier zeigt sich also: Die Gemeinden haben mit ihren Hebesätzen das ausgeglichen, was ihnen durch den Wegfall der Lohnsummensteuer weggenommen worden ist.

(Widerspruch des Abg. Stump (CDU))

(B) - Das ist genau die Tatsache! - Bleiben wir doch bei den Tatsachen!

Das Zweite, was ich Ihnen dazu sagen möchte: In Nordrhein-Westfalen haben wir durchschnittliche Hebesätze von 366 Punkten - so haben wir ausgerechnet. Bayern hat 361 Punkte, Baden-Württemberg 333, Hessen 386 usw. - Das bedeutet, wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen etwa in der Größenordnung von Bayern.

Nun weiß doch jeder, daß Hebesätze in den Großstädten höher sein können als in kleinen Gemeinden - das ist uns aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz bekannt. Des weiteren wissen wir, daß die Zahl der Großstädte in Nordrhein-Westfalen höher ist als in Bayern oder Baden-Württemberg. Daraus ergibt sich, daß wir mit unseren Hebesätzen nicht über denen der anderen Länder liegen.

Schauen wir uns doch einmal an, wie es sich im einzelnen verhält. Die Stadt Frankfurt erhebt einen Gewerbesteuersatz von 490 Punkten; das bringt mehr, als wenn Oberhausen

490 Punkte erheben würde - was es ja nicht tut -, und zwar wegen der Banken und ähnlichen Wirtschaftseinrichtungen in Frankfurt.

Sie sehen also, hier wird doch eine maßvolle Politik betrieben. Wir verhalten uns im Rahmen unserer Möglichkeiten, und ebenso verhalten sich die Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Ich will auf die Ausgabenentwicklung im einzelnen nicht eingehen, weil dies zu lange dauern würde. Nur auf eines lassen Sie mich bitte hinweisen: Der größte Ausgabenblock bei den Gemeinden betrifft die Personalkosten. Das ist dem Gemeindefinanzbericht zu entnehmen, den ich Ihnen vorgelegt habe. An zweiter Stelle kommen die Sozialausgaben! Sie können nun doch nicht schweigen zu der Entwicklung der Sozialausgaben. Sie jedenfalls ist doch auch nach Ihrer Auffassung, meine Damen und Herren von der CDU, zumindest in einem erheblichem Umfang mit verursacht durch die Lastenverlagerung von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg auf unsere Gemeinden. Das können Sie nicht bestreiten!

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

- Nein, das können Sie nicht bestreiten, wenn die kommunalen Spitzenverbände dies gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit feststellen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Minister Dr. Schnoor: Selbstverständlich, Frau Präsidentin!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Schauerte (CDU): Herr Innenminister, wenn Sie so genau wissen, wie sich das ausgewirkt hat, was Sie gerade angesprochen haben, wissen Sie denn dann auch genau, welche Kostensteigerungen bei den Sozialtats der Städte, die vom Lande nicht erstattet werden, dadurch entstanden sind, daß im Asylbereich keine vernünftige Praxis eingeführt wurde und in den Fällen keine Abschiebung erfolgte, in denen rechtskräftig die Asylberechtigung aberkannt worden war?

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege Schauerte, wir kommen damit auf ein anderes Thema, ein sehr schwieriges Thema, das wir hier nicht gleichsam in einem Nebensatz behandeln sollten. Nur eines will ich Ihnen

(C)

(D)

(Minister Dr. Schnoor)

(A) dazu sagen: Ich weiß nicht genau, wie hoch dieser Betrag ist.

(Schauerte (CDU): 800 Millionen DM  
- allein für Nordrhein-Westfalen!  
- Zustimmung von der CDU)

- Nein, nein! Unsinn!

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

- Doch, das ist Unsinn! Niemand weiß, Herr Kollege Schauerte, wie viele Personen hätten abgeschoben werden können, jedoch nicht abgeschoben worden sind. Das weiß niemand, weil es darüber bisher keine Statistik gibt; deshalb gibt es auch keine entsprechenden Zahlen.

(Erneuter Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

Ich will Ihnen nur eines erwidern: Reden Sie bitte nicht so leichtfertig über schwierige Politikbereiche!

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD  
- Zurufe von der CDU)

Unter den 270 000 Personen, die nicht abgeschoben werden, befinden sich 100 000 Polen. Dies hat mit der Asylpolitik nichts zu tun.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

(B) Hier tragen Innenminister und Bundesregierung gemeinsam Verantwortung - haben sie auch bisher gemeinsam getragen - für die Entspannungspolitik, für einen sachgerechten Beitrag unsererseits zum KSZE-Abkommen. Spielen Sie das nicht herunter; das sind schwierige Fragen!

(Beifall bei der SPD)

Wir jedenfalls möchten in dieser Frage den Bundesaußenminister nicht im Stich lassen, Herr Kollege Rohde.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Ich will ganz kurz noch einen Hinweis zur Feuerschutzsteuer geben, meine Damen und Herren, weil mir das auch sehr am Herzen liegt. Es gibt Unruhe bei den Feuerwehren. Landauf, landab wird gesagt, es stehe nicht genug Geld für die Feuerwehren zur Verfügung. Es ist auch etwas daran, weil bei unseren Feuerwehren ein großer Bedarf besteht.

Aber Sie müssen doch jetzt auch folgendes zur Kenntnis nehmen: Wir haben vor 1975

einmal aus Mitteln des Landeshaushalts die Landesfeuerweherschule bezuschußt. 1975 war nicht ich Innenminister; damals waren es Willi Weyer und dann Burkhard Hirsch. Ich will das nicht abschieben; ich stehe zu der Politik meiner Amtsvorgänger. Meine Damen und Herren, niemand soll meinen, nur er mache alles richtig, und die Vorgänger hätten alles falsch gemacht. Wir stehen immer, wie man einmal gesagt hat, mit unseren Füßen auf den Schultern derjenigen, die Politik gemacht haben, ganz gleich, welcher Partei sie angehört haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich stehe auch auf den Füßen von Dufhues  
- -

(Lachen bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dautzenberg (CDU))

- Entschuldigung, ich stehe mit meinen Füßen auch auf der Politik von Dufhues.

(Erneut Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Dautzenberg (CDU))

- Versuchen Sie doch jetzt nicht, Ihre Mätzchen hier anzubringen, Herr Schauerte, sondern hören Sie bitte einmal zu!

(Schauerte (CDU): Der Nachfolger taugte nichts!)

Es geht doch bei den Feuerwehren um folgendes Problem: Wir haben für die Belange der Feuerwehren eine eigene Steuer, die Gott sei Dank gerettet worden ist - ich hoffe, es bleibt so - und die auch dank der Hilfe meines Amtsvorgängers angehoben werden konnte. Diese Feuerschutzsteuer steht ausschließlich für die Feuerwehren zur Verfügung. (D)

Nun müssen Sie doch eines anerkennen: Alle Bereiche des Landeshaushalts nehmen an Kürzungen teil, wenn wir den Haushalt konsolidieren. Aber die Feuerwehren nehmen wir aus, wenn wir eine Zweckbindung für die Feuerschutzsteuer haben. Das kann man doch nicht bestreiten. Die Polizei muß sich nach dem richten, was im Landeshaushalt insgesamt zur Verfügung steht, die Gemeinden auch und andere auch. Für die Feuerwehren haben wir die Feuerschutzsteuer, die einen Zuwachs hat, und jetzt geht es um die Frage, ob man über die Feuerschutzsteuer hinaus im Landeshaushalt etwas bereitstellen kann. Ich kann Ihnen das nicht raten, weil ich dann in anderen wichtigen Bereichen, etwa bei der Sicherheitspolitik - bei der Polizei - oder



(Minister Dr. Schnoor)

(A) anderswo, kürzen müßte. Ich sehe solche Möglichkeiten nicht.

Deswegen, meine Damen und Herren, bemühen wir uns doch auf allen Seiten - Regierung, aber auch Opposition - in diesen Auseinandersetzungen um Sachlichkeit, und sagen wir nicht den Leuten draußen etwas, was die gar nicht hören wollen. Die möchten doch von uns klare Antworten auf ihre Probleme haben. Es hilft nichts, wenn Sie nach einem Schwarzweiß-Strickmuster sagen: "Wir können den Gemeinden 28 % geben; wir wollen, daß sie mehr bekommen!" und gleichzeitig auch noch uns kritisieren, daß wir nicht genügend zur Konsolidierung des Landeshaushalts täten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die CDU hat Herr Abg. Leifert um das Wort gebeten. Bitte schön!

Leifert (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich glaube, nach der Diskussion über viele Einzelheiten in der ersten Lesung sollten wir im finanziellen Verhältnis zwischen Land und Gemeinden die Dinge auf den Punkt zurückführen. Tatsache ist, daß 1982, 1983, dann nach zwei Jahren Pause, in denen Wahlen waren, wieder 1986 und 1987 die Zuweisungen des Landes in starkem Maße gekürzt wurden, in den beiden letzten Jahren, die zur Diskussion anstehen, um eine Milliarde DM im Jahre 1986 und eine halbe Milliarde DM im Jahre 1987.

(B) Einfrieren, meine Damen und Herren, Nichtbeteiligten am steigenden Steuerzuwachs ist Wegnehmen, ist Kürzung, ist Minderung. Wenn Sie, die Finanzpolitiker auf der Regierungsbank, immer wieder behaupten, Sie hätten durch die Steuerreform Mindereinnahmen, dann ist schon dieser Ausdruck falsch: Sie haben eine mindere Steigerung bei den Einnahmen und keine Mindereinnahmen, wohingegen bei den Gemeinden das Einfrieren zu weniger Einnahmen führt.

Aber ganz entscheidend in dieser Debatte ist, daß Gemeinden und Land auf Dauer ein verlässliches und stetiges Verhältnis miteinander haben müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich glaube, jeder kleine Gemeindepolitiker ist bei seiner vierjährigen oder fünfjährigen mittelfristigen Finanzplanung überfordert, wenn er vorausschauend bei seinen Ausgaben nicht auf diesen großen Block der Landeszuweisungen hoffen und vertrauen kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(C) Es ist im Verhältnis zwischen Land und Gemeinden von großem Übel - Kollege Riemer hat auf diese Gemeinschaft richtig hingewiesen -, wenn von einer Seite durch Befrachtung, durch Verbundsatzsenkungen, durch neue Tricks wie Streichung des Grunderwerbsteuereanteils und vieles mehr dieses Verhältnis, diese Verlässlichkeit, diese Stetigkeit immer wieder geändert wird.

Meine Damen und Herren, auf allen Ebenen - Bund, Land und Gemeinden - haben wir unsere Aufgaben zu respektieren und nicht gegenseitig in andere Bereiche "hineinzufummeln". Wenn die Gemeinden ihre Aufgaben auf Dauer erfüllen sollen, dann muß ihnen auch Verlässlichkeit bei den Finanzzuweisungen zustehen, dann müssen die Verteilungskriterien zwischen der Ebene Land und der Ebene Städte und Gemeinden stetig und gleich sein. Gemeinden müssen, wenn Steuereinnahmen sinken, hinnehmen, daß sie mit Minderungen leben müssen; aber Gemeinden dürfen auch darauf hoffen, daß sie, wenn dank guter Wirtschafts- und Finanzlage im Bund - leider nicht ganz so in Nordrhein-Westfalen - Steuereinnahmen steigen, auch an diesen steigenden Steuereinnahmen beteiligt werden.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, wir sind gern bereit, Ihnen zu helfen, wenn Sie sich endlich entschließen, jahresstetige Verteilungskriterien zwischen Land und Gemeinden zu schaffen, und, wenn sie gut sind, Sie dabei auch zu unterstützen. Aber, bitte schön, nicht dieses jährliche Hin und Her, bei dem uns 1987 niemand sagen kann, was 1988 und 1989 sein wird. Aber vielleicht läßt man 1989 den Griff in die Taschen der Gemeinden, weil Wahlen anstehen.

Meine Damen und Herren, Sie reden von der Haushaltskonsolidierung und davon, daß die Gemeinden zu dieser Haushaltskonsolidierung Opfer beitragen müßten.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ja, zur Haushaltskonsolidierung müssen alle Opfer beitragen. Da gehen wir einig. Aber wenn wir das sagen, ist auch ein gutes Stück Ehrlichkeit von der Regierungsbank und von der Mehrheitsfraktion erforderlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann sagen Sie doch, wer diese Haushaltsmisere in den Jahren 1981 und 1982 vor allem verschuldet hat, dann sagen Sie deutlich: Weil wir damals nicht aufgepaßt und über

(Leifert (CDU))

- (A) Gebührt Schulden gemacht haben, müssen wir heute diese Zinsen zahlen, sind wir in hohem Maße festgelegt und müssen den Gemeinden auch über Wegnahme des Grunderwerbsteueranteils in die Tasche greifen!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn der Finanzminister in seiner Einbringungsrede sagt:

Folge dieser auseinanderlaufenden Verschuldungsentwicklung ist, daß der Landeshaushalt in erheblich höherem Maße durch Zinsverpflichtungen eingeengt wird. Während die Zinsausgaben der Kommunen in den vergangenen drei Jahren, also 1983, 1984 und 1985, kontinuierlich um insgesamt 7 % zurückgegangen sind, haben sie im genannten Zeitraum beim Land ebenso kontinuierlich um insgesamt 45 % zugenommen.

Die Zahlen stimmen. Aus dieser Äußerung muß ich annehmen, daß in der jüngeren Vergangenheit, die ich angesprochen habe, in einer Vielzahl der Städte und Gemeinden unseres Landes - leider nicht in allen - hervorragende Finanz- und Kommunalpolitiker gesessen haben, die es verstanden haben, in schwerer Zeit ihre Haushalte zu konsolidieren. Es wäre besser gewesen, wenn einige von diesen hervorragenden Finanzpolitikern in der Vergangenheit auf dieser Regierungsbank gesessen hätten, um diese Verschuldung nicht herbeizuführen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dank der guten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl haben wir im gesamten Bundesgebiet gute Rahmenbedingungen. Meine Damen und Herren, ein Plus von 900 Millionen DM aller Städte im Bund - im Durchschnitt - zeugt davon. Wir müssen in diesem Land Nordrhein-Westfalen eine wesentlich schlechtere Finanz- und Wirtschaftspolitik - und da liegt die eigentliche Ursache - haben, die durch das ständige Kürzen von Zuweisungen dazu führt, daß unsere Städte und Gemeinden ein Defizit von über 600 Millionen DM aufweisen. Hier ist eine besondere regionale Verantwortung für Nordrhein-Westfalen, die Sie tragen. Diese regionale Verantwortung erfüllen Sie nicht.

Und ein drittes wesentliches Faktum zum Gemeindefinanzierungsgesetz: die Frühzeitigkeit. Wir begrüßen, daß erstmals in diesem Jahr Gemeindefinanzierungsgesetz und Haushaltsgesetz schon im September eingebracht werden. Das ist ja eine große Ausnahme. In den vergangenen Jahren - und im letzten

Jahr habe ich das als Neuling miterlebt - war die Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes im März des Jahres, in dem es gilt. Das ist einer der Hauptgründe für die hohen Haushaltsreste: Wenn Gemeinden erst im März eines Jahres die Bedingungen erfahren, sind sie gar nicht mehr in der Lage, das Geld noch im Sommer dieses Jahres sinnvoll und planmäßig in die Bauwirtschaft - zum Beispiel - hineinzubringen.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß eines sagen! Sie weisen immer auf das Wahlergebnis 1985 hin. Wir sind gute Demokraten und respektieren Wahlergebnisse. Wir wissen, daß wir alle in diesem Hause - auch auf der Regierungsbank - nur ein Mandat auf Zeit haben und daß wir uns nach fünf Jahren immer wieder dem Wähler gegenüber verantworten müssen. Meine Damen und Herren, die Sie auf vergangene Wahlergebnisse pochen, die teilweise mit großer Vernebelungstaktik und vielen Versprechungen, die zum Beispiel Bürgermeister nie machen dürften, herbeigeführt worden sind: Irgendwann wird der Wähler auch die Wahrheit erkennen, und dann ist für Sie Zahltag.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich das auf die Gemeinden, die Kreise, Städte und Landschaftsverbände und die von ihnen nach dem Subsidiaritätsprinzip unterstützten Vereine, Gruppen und Verbände beziehe, wenn ich dann alle Bürgerinnen und Bürger in diesen Städten und Gemeinden sehe, dann kann das Fazit, das aus den Gemeindefinanzierungsgesetzen dieser Landesregierung zu ziehen ist, nur heißen: Besser Geld in der Kasse als Rau an der Macht.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. hat sich Herr Abg. Wickel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, dunkel sind die Jahre 1981 bis 1985. Dazu hören wir von Ihnen nichts. Aber Sie erinnern sich immer an die Vorläuferzeiten. Was danach kommt, ist auf die schlechte Haushaltslage des Landes zurückzuführen. Ich bin der Auffassung, daß Sie bei der Verabschiedung des Dr. Weinberger mehr zur Kommunalpolitik gesagt haben als heute. Dort war der Innenminister der ehrliche Sachwalter der Kommunen. Aber heute macht er dasselbe,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) was der große Herr und Meister auch immer macht: Er redet nicht zur Sache, sondern führt die Semantik in weite Felder.

Versuchen wir doch nicht, den anderen in die Ecke des Teufels zu rücken. Der Vorwurf, der hier erhoben wird, ist doch, daß Ihre sozialdemokratische Finanzpolitik die Schwierigkeiten und Probleme in diesem Lande geschaffen hat und daß es der Ausfluß dieser Finanzpolitik ist, was uns beim Gemeindefinanzierungsgesetz trifft. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nimmt für sich in Anspruch - das hat der Finanzminister gestern wieder bestätigt, Herr Prof. Farthmann ebenfalls -, in den vergangenen Jahren besondere sozialdemokratische Schwerpunkte gesetzt und dafür viele Milliarden ausgegeben zu haben. Genau diese besonderen sozialdemokratischen Schwerpunkte haben zu der Finanzmisere des Landes geführt, und wir werfen Ihnen vor, diese selbstverantwortlich herbeigeführt zu haben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, deshalb die Jahre im Dunkeln!

Von 1981 an waren Sie alleine verantwortlich. Ich weiß nicht, ob es etwas hilft, auf die Vergangenheit zurückzugreifen und damit alle möglichen Themen zu belegen, um meine Schuld - nicht im christlichen Sinne -, warum etwas derart schiefgegangen ist, zu relativieren. Sie, Herr Innenminister, haben den Kommunen doch die Spielwiese der Bundespolitik eröffnet, weil Sie ihnen die Möglichkeit, Sachwalter einer vernünftigen Kommunalpolitik mit ausreichenden Finanzen zu sein, nicht mehr gewähren konnten.

(B)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Welche Widersprüche, gerade wenn es um Geld geht, von Sozialdemokraten zu erwarten sind, haben wir heute morgen wieder plastisch erlebt. Da tönt es aus allen Medien und Lautsprechern, daß der Kollege Apel das tollste Steuersystem in den USA entdeckt habe. Gestern war es noch der Finanzminister dieses Landes, der behauptete, alles, was die USA machten, sei falsch.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Wir könnten nur durch Erhöhung - hören Sie gut zu! Erhöhung ist doch für Sie ein tolles Wort - von Steuern die Probleme lösen, die in diesem Lande anstehen. Wortwörtlich: die Erhöhung von Steuern war eine der tragenden Säulen Ihrer Ausführungen am gestrigen Tage!

Wenn es aber so ist, muß ich den Finanzminister zumindest wieder daran erinnern: Er braucht sich doch nur der Mühe zu unterziehen, die Protokolle der Kabinettsitzungen von 1979/80 zu lesen. Dann wird er feststellen können, daß genau an dieser Stelle bezüglich des Weges, den er vorhin so lauthals für uns reklamiert hatte, im Kabinett eine Mehrheitsentscheidung getroffen wurde.

(C)

Herr Innenminister, Sie können sagen, was Sie wollen; Sie können über die fehlenden Finanzen klagen und jammern, aber Tatsache ist und festzuhalten bleibt, daß der Rückgang der Schlüsselzuweisungsanteile von 28,5 % auf heute 23 % Ihr und Ihr alleiniges Werk ist. Genau das ist der Punkt, den wir in den Kommunen beklagen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie haben diese Zuweisungen heruntergefahren. Bis 1980 waren es 28,5 %, heute sind wir bei 23 %. Bitte verdunkeln Sie diese Jahre nicht in einer solchen Weise! Wer Ihnen heute hier in Ihrer Funktion als Innenminister, sprich Kommunalminister, gefolgt ist, der wird zumindest feststellen, daß Sie und die Kommunen eine Vergangenheit haben, aber wie wir - gemessen an Ihren Ausführungen - in den Kommunen noch eine Zukunft haben sollen, das ist eine Frage, die wirklich im Dunkeln verborgen bleibt.

Herr Kollege Wilbusse, ich habe vorhin versucht, mich in Ihre Situation zu versetzen, hier als wirklich engagierter Kommunalpolitiker stehen und eine Politik der Landesregierung und Ihrer Mehrheit verteidigen zu müssen, die als tragenden Satz nur eines kennt, nämlich die notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts. Es fällt einem Kommunalpolitiker wirklich schwer, klarge-macht zu bekommen, daß die Prämisse lautet: Konsolidierung des Landeshaushalts. Es ist schwer, wenn man uns als Kommunalpolitikern, die wir wirklich die Probleme vor Ort erleben und wissen, was notwendig ist, klarmacht, daß wir unsere Ansprüche und Notwendigkeiten zurückzustellen haben. Das ist meinen Augen eine falsch verstandene Solidarität.

(D)

Wir haben gestern das Wort "Solidarität" auch schon diskutiert. Ich bewundere die Sozialdemokraten, die sich immer solidarisch verhalten, wenn es hart auf hart geht. Aber falsch verstandene Solidarität führt nicht zu einer Verbesserung der Situation in den Gemeinden, sondern führt dazu, daß eine Mißwirtschaft bei den Finanzen in diesem Lande weiter ermöglicht und auch in Zukunft weitergehen wird. Diese Solidarität muß

(Wickel (F.D.P.))

- (A) irgendwo begrenzt werden, damit deutlich wird, daß man nicht auf Kosten der Gemeinden alles das, was hier passiert ist, durchführen kann.

Die Wegnahme der Grunderwerbsteuer für die Gemeinden ist vergleichbar mit dem Wegfall der Lohnsummensteuer. Was Sie heute vorschlagen, ist nichts anderes als das von Ihnen vielbeklagte Wegfallen der Lohnsummensteuer. Den Kommunen wird durch Ihre Erfindung erneut etwas übergestülpt und Geld weggenommen. Sie wissen alle, was sich daran für Folgen knüpfen.

Wir haben uns lange über den fiktiven Hebesatz unterhalten, der die Gemeinden, die nicht über eine entsprechende Höhe der Gewerbesteuersätze verfügt, in den Stand versetzt, als Gemeinde mit fiktiven Einnahmen betrachtet zu werden, und darüber, daß wir mit dem fiktiven Hebesatz die Gewerbesteuer zwangsläufig werden erhöhen müssen. Gleichzeitig werden die Kommunen in diesem Jahr aufgrund des Wegfalls der Grunderwerbsteuereinnahmen gezwungen, auch an die Grundsteuer B heranzugehen.

Dazu möchte ich folgendes klarstellen: Wenn ich an die Grundsteuer B herangehe, heißt das für jeden Mieter einer Stadt Mieterhöhung. Ebenso heißt das für jeden Bürger einer Stadt, daß er zusätzlich belastet wird, um die Kosten zu tragen. Das ist nicht Gemeindepolitik, sondern es ist veranlaßt durch Ihr tätiges Handeln.

(B)

Wir wissen alle: Wenn Gewerbesteuern erhöht werden, schadet das entweder den Betrieben, die diese noch zahlen - falls es diesen nicht gut geht. Falls es ihnen aber gut geht, wird diese Summe auf den Preis überwälzt, und wir zahlen es als Verbraucher. Wir werden also von Ihrer Politik nicht nur im Bereich der Mieten betroffen, sondern auch im Bereich der Preise.

Noch eines kommt hinzu: Wer hat denn in dieser Bundesrepublik den höchsten Anteil an allen Investitionen? Den haben die Kommunen. Die Kommunen waren diejenigen, die in der Lage waren, auf dem Markt tatsächlich - und zwar auf dem notleidenden Baumarkt - die dringend notwendigen Investitionen zu tätigen.

(Dr. Farthmann (SPD): Dann sagen Sie doch Herrn Stoltenberg, daß er nicht dauernd die Beträge für die Gemeinden kürzen soll! Die Gemeinden sind doch wieder mit 500 Millionen DM im Jahr beteiligt. Ich kann es nicht mehr hören!)

- Herr Farthmann, wenn wir uns die Groschen teilen würden, die durch die Politik, sprich Inflationsrückgang, sprich - - Sie als Sozialdemokraten sollten Inflationsrückgang nicht so "aus der Lamäng" wegwerfen. Für die kleinen Leute ist es das Schlimmste, was es gibt, wenn sie durch Inflation ausgenommen werden.

(C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Alleine die Mehreinnahmen durch den Inflationsrückgang - die Inflationsrate ist praktisch auf Null - sind eine wirtschafts- und steuerpolitische Tat, die noch niemand der Sozialdemokraten erreicht hat, solange es die Geschichte gibt.

(Dr. Farthmann (SPD): Was kann Herr Stoltenberg dafür, daß die Ölpreise zurückgegangen sind?)

Daß wir in diesem Lande wieder eine Konjunktur haben, haben nicht Sie auf die Beine gestellt, sondern dieselben Leute, die auch die Inflation zurückfahren konnten.

(Dr. Farthmann (SPD): Davon merken wir aber nichts!)

Daß wir in diesem Lande steuerliche Mehreinnahmen von erheblichem Umfang haben, haben diese Leute verursacht; Sie haben so etwas noch nicht zustandegebracht! Es geht immer wieder darum - und das ist der Kernsatz: Wer mit anderer Leute Geld nicht umgehen kann, wer sie in diese Verschuldung führt, der muß sich auch daran messen lassen, Herr Professor Farthmann.

(D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Farthmann (SPD): Sie wollen doch noch eine weitere Verschuldung!)

Aber ich glaube Ihnen, daß sozialdemokratische Kommunalpolitik etwas mit Gleichmachen zu tun hat. Ich glaube Ihnen: Wenn alle gleich arm sind, sind Sie zufrieden.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir wollen das nicht; denn diese Form von Gerechtigkeit, bei der alle gleich arm sind, kommt in unserem Verständnis nicht zum Tragen.

(Zurufe von der SPD)

Es kommt eines hinzu, was noch gar nicht angesprochen wurde. In diesem Lande geschieht es schon seit einigen Jahren, daß bei notwendigen Kommunalinvestitionen vom Land bescheinigt wird: "Die bekommt ihr in zwei

(Wickel (F.D.P.))

(A) oder in drei Jahren; wir sagen euch einen Investitionszuschuß zu, aber ihr bekommt ihn nicht sofort, weil wir kein Geld mehr haben", Herr Professor Farthmann.

(Dr. Farthmann (SPD): Das sind doch alles Märchen, was Sie da erzählen!)

Die Zinslast der Zwischenfinanzierung tragen wir vor Ort! Das ist, Herr Professor Farthmann, eine Leistung der Kommunen, die mit dem Land wieder nichts zu tun hat. Sie, die Sozialdemokraten, haben versucht, in diesem Lande einen neuen Begriff zu kreieren: "neue Armut".

(Dr. Farthmann (SPD): Haben Sie mal was von Herrn Geißler gehört?)

Sie haben versucht, mit Gewerkschaften als Sozialdemokraten diesen Begriff "neue Armut" auszufüllen. Ich kann nur sagen, das ist Ihnen nicht gelungen. Sie haben aber die große Chance, wenn Sie so weitermachen wie bisher, daß die "neue Armut" bei den Kommunen eintritt, und das wäre dann Ihr Verdienst!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Wilmbusse das Wort.

(B) Wilmbusse<sup>\*</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich Ihre Zeit noch in Anspruch nehmen muß. Diese zweite Runde war nicht verabredet. Unmittelbar vor der Debatte waren wir uns noch darüber einig, daß nur eine Runde stattfinden soll.

(Widerspruch des Abg. Wickel (F.D.P.))

Aber, ich glaube, zwei, drei Worte müssen nun doch noch dazu gesagt werden. Wenn eine Fraktion einen Gesetzentwurf nur mit dem Ziel einbringt, die Konsolidierung des Landeshaushalts in größeren Schritten und schneller herbeizuführen, als es die Landesregierung will, dann bin ich bisher davon ausgegangen, daß die Konsolidierung des Landeshaushalts für diese Fraktion ein besonderes Gewicht hat. Und was passiert? Bei dem ersten Punkt, an dem Sie von diesem abstrakten Gesetzentwurf einmal zum Konkreten kommen müssen, wo Sie sagen müßten: "Jawohl, hier wollen wir mehr sparen!",

(Dr. Farthmann (SPD): Richtig!)

da sparen Sie nicht mehr, da kündigen Sie bis 1990 Mehrausgaben für die Gemeinden von

jährlich zwei Milliarden DM an. Jährlich zwei Milliarden DM! (C)

(Widerspruch des Abg. Dorn (F.D.P.))

Ich kann mir nur vorstellen, daß Sie versuchen, jetzt die große Schau zu machen und zu sagen: "Wir sind hier die großen Sparmänner", und dann wollen Sie sich heimlich davonstellen. Aber, meine Damen und Herren von der F.D.P., damit werden Sie nicht durchkommen. Wir von der SPD-Fraktion werden Sie bei diesen Haushaltsberatungen von Punkt zu Punkt fragen: Wo wollen Sie über den Entwurf des Landeshaushalts hinaus so sparen,

(Ja! und demonstrativer Beifall bei der F.D.P. - Zustimmung bei der SPD)

daß Sie nicht nur im Jahre 1987 zwei Milliarden DM mehr aufgrund Ihres Gesetzentwurfs,

(Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

sondern auch noch zwei Milliarden DM mehr für die Gemeinden herausholen wollen? Wo wollen Sie das machen? Wenn ich das Resümee aus dieser Debatte ziehe, dann muß ich feststellen: Die Oppositionsfraktionen sind an einer Konsolidierung des Landeshaushalts nicht interessiert.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.)) (D)

Sie sind nicht interessiert an dem schwierigen Bemühen, bei zurückgehenden Finanzzuweisungen an die Gemeinden zu einem gerechten Finanzausgleich zu kommen! Die CDU hat zum Beispiel kein Wort zu dem Bemühen erwähnt, das in § 17 Abs. 3 zum Ausdruck kommt, und für Herrn Riemer ist dieser Versuch von vornherein eine Manipulation zugunsten der SPD-Städte. Als wenn wir Herrn Pützhofen in Krefeld noch besonders gefällig sein müßten! Was ist denn das für eine Art der Debatte? Ich kann nur feststellen: Sie ersetzen Argumentation durch Schaumschlägerei und Polemik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse nunmehr abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse. Wer dieser Empfehlung